

Gerald Mackenthun

# LIBERALISMUS

---

Die Strategie der freien Welt

**wbg** Academic

**HERDER**

Gerald Mackenthun

Liberalismus



Gerald Mackenthun

# Liberalismus

Die Strategie der freien Welt

**wbg**Academic

HERDER 

FREIBURG · BASEL · WIEN

Besuchen Sie die Liberalismuseite des Autors:  
[geraldmackenthun.de/liberalismus](http://geraldmackenthun.de/liberalismus)

wbg Academic ist ein Imprint der Verlag Herder GmbH  
© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2026  
Hermann-Herder-Straße 4, 79104 Freiburg  
Alle Rechte vorbehalten.  
[www.herder.de](http://www.herder.de)

Bei Fragen zur Produktsicherheit wenden Sie sich an:  
[produktsicherheit@herder.de](mailto:produktsicherheit@herder.de)

Satz und E-Book: Arnold & Domnick GbR, Leipzig  
Umschlaggestaltung: Arnold & Domnick GbR, Leipzig

Printed in Germany

ISBN Print: 978-3-534-64357-8  
ISBN E-Book (PDF): 978-3-534-64358-5

# Inhalt

Zum Geleit . . . . .	9
<b>1. Hat der Liberalismus etwas falsch gemacht? . . . . .</b>	<b>11</b>
Vorteile des Liberalismus . . . . .	28
Missverstandener Liberalismus . . . . .	34
„Stabile Krise“ des Liberalismus . . . . .	40
Sich in der Mitte halten . . . . .	55
<b>2. Ein Haus mit vielen Wohnungen . . . . .</b>	<b>59</b>
<b>3. Geschichte des Liberalismus . . . . .</b>	<b>67</b>
Frühes England . . . . .	67
Magna Carta 1215 . . . . .	68
Bill of Rights 1689 . . . . .	70
Vereinigte Staaten von Amerika . . . . .	71
Die Unabhängigkeitserklärung von 1776 . . . . .	71
Die Verfassung der USA von 1787 . . . . .	74
Die Bill of Rights von 1789 . . . . .	75
Von der Monarchie zur Republik . . . . .	76
Die französische Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 . . . . .	81
Unterschiede der Revolutionen . . . . .	85
Der deutsche Grundrechtekatalog von 1849 . . . . .	87
Die Atlantik-Charta von 1941 . . . . .	91
Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 . . . . .	94
Nicht-westliche Kritik an den Allgemeinen Menschenrechten . . . . .	95
Das Grundgesetz der Bundesrepublik von 1949 . . . . .	97

Das Berliner Programm der FDP von 1957 . . . . .	99
<b>Manifeste der „Liberalen Internationalen“ . . . . .</b>	<b>100</b>
Der liberale Appell von Rom 1981 . . . . .	102
Ottawa Human Rights Appeal 1987 . . . . .	103
The Oxford Manifesto 1997 . . . . .	104
Andorra Liberal Manifesto 2017 . . . . .	104
Die KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975 . . . . .	105
Das liberale Manifest der FDP von 1985 und weitere Dokumente . . . . .	108
Die „liberale Krankheit“ . . . . .	110
<b>4. Die vier Bereiche des Liberalismus . . . . .</b>	<b>115</b>
<b>Die liberale Haltung . . . . .</b>	<b>115</b>
Erziehung zur Freiheit . . . . .	118
Personale Bildung . . . . .	122
Selbsterziehung zur Persönlichkeit . . . . .	130
Die Tugenden des liberalen Bürgers . . . . .	135
Toleranz . . . . .	138
Respekt . . . . .	146
Zivilisierte Verachtung? . . . . .	149
Eliten . . . . .	153
Meritokratie . . . . .	162
Citoyen und Weltbürger . . . . .	169
<b>Wirtschaftsliberalismus . . . . .</b>	<b>172</b>
Vorteile ökonomischer Freiheit . . . . .	185
Kapitalismus . . . . .	186
Reichtum und Massenwohlstand . . . . .	193
Profit . . . . .	197
Grüner Wirtschaftsombau . . . . .	201
Neoliberalismus . . . . .	208
Wirtschaftswachstum und Konsumverzicht . . . . .	217
Kredite und Schulden . . . . .	220
Das Beispiel Griechenland . . . . .	222
Schuldenfinanzierter Sozialstaat . . . . .	228
<b>Politischer Liberalismus . . . . .</b>	<b>232</b>
Globalisierung und Souveränität . . . . .	242
Europa und die Europäische Union . . . . .	246

Liberalismus, Sozialismus und Konservatismus . . . . .	253
Bürokratie . . . . .	258
Populismus . . . . .	264
Repräsentation . . . . .	269
Partizipation . . . . .	274
Neutraler Liberalismus? . . . . .	281
<b>Gesellschaftlicher Liberalismus . . . . .</b>	<b>286</b>
Gleichheit und Gerechtigkeit . . . . .	297
Gleichheit vor dem Gesetz . . . . .	304
Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit . . . . .	306
Ergebnisgleichheit . . . . .	311
Arm und Reich . . . . .	313
„Umverteilung von unten nach oben“ . . . . .	330
John Rawls: „Eine Theorie der Gerechtigkeit“ . . . . .	335
Konsum . . . . .	343
Verzicht und Askese . . . . .	350
Identität . . . . .	358
Subsidiarität . . . . .	365
Zivilgesellschaft . . . . .	370
<b>5. Kritik der Freiheit . . . . .</b>	<b>375</b>
<b>Freiheit von und Freiheit zu . . . . .</b>	<b>378</b>
Zentrum der Freiheit: Willensfreiheit . . . . .	380
Wünsche . . . . .	380
Entschluss und Entscheidung . . . . .	381
Handlungsfreiheit . . . . .	383
<b>Negation der Willensfreiheit . . . . .</b>	<b>388</b>
<b>Begrenzende Determinanten . . . . .</b>	<b>393</b>
<b>Willensfreiheit: eine nützliche Fiktion . . . . .</b>	<b>397</b>
<b>Furcht vor der Freiheit . . . . .</b>	<b>398</b>
<b>Freiheit contra Bindung . . . . .</b>	<b>403</b>
Freiheit zur Bindung . . . . .	406
<b>Freiheitsfördernde Bedingungen . . . . .</b>	<b>407</b>
Religionsfreiheit . . . . .	408
Abschaffung von Privilegien . . . . .	410
Emanzipation von der Natur . . . . .	413

Reduzierung von Gewalt . . . . .	416
Anwendung von Zwang . . . . .	423
Zunehmende soziale Sicherheit . . . . .	426
Der kleine Preis der Freiheit: die Wahl . . . . .	430
Der große Preis der Freiheit: das Böse . . . . .	432
Aporien der Freiheit . . . . .	437
6. Kann der Liberalismus bestehen? . . . . .	445
Literatur . . . . .	475
Personenregister . . . . .	489

# Zum Geleit

Dieses Buch zu schreiben, hat kein anderes Motiv als mein Interesse am Liberalismus. Ich betrachte mich selbst als Liberalen, der besorgt ist, dass der erfreuliche Bestand an liberalen Rechten hier und anderswo angegriffen wird. In diesem Buch werden verschiedene Themen erörtert, die eng mit dem Liberalismus verknüpft sind. Ich verzichte dabei auf eine Darstellung der Geschichte des Liberalismus und der Thesen seiner Hauptvertreter. Diese Themen wurden in der Vergangenheit umfassend von anderen Autoren behandelt. Eine stimmige Definition des Liberalismus wird nicht einmal angestrebt.

Das Buch umfasst neben einem einleitenden Problemaufriss und einer Zusammenfassung am Schluss zwei Hauptteile. Erstens wird der Liberalismus aus vier Perspektiven analysiert: die Merkmale einer liberalen Persönlichkeit, der Wirtschaftsliberalismus als historischer Kern der liberalen Bewegung, der politische Liberalismus, wie er sich in Staatsverfassungen zeigt, und der gesellschaftliche oder soziale Liberalismus, wie er in Gemeinschaften und Gesellschaften zum Ausdruck kommt. Der zweite Schwerpunkt besteht in einer umfassenden Erörterung eines Begriffs der Freiheit, insbesondere der Handlungsfreiheit. Diese ist immer relativ.

Ich bin sicher, dass der Liberalismus, auf welcher Ebene auch immer, erhebliche Vorteile für alle bietet. Die in den vergangenen 250 Jahren erkämpften und durchgesetzten Errungenschaften sollten bewahrt werden. Meine Methode als Autor besteht darin, mit Argumenten zu arbeiten. Das rationale Argumentieren ist ein Kernbestandteil des Liberalismus. Sein Erfolg zeigt sich darin, dass alle Autoritären, Despoten und Tyrannen in ihm ihren schärfsten Widersacher erkennen. Der Liberalismus bedroht jedwede anmaßende autoritäre Haltung. Dies erscheint mir der primäre Grund, weshalb der Liberalismus gegenwärtig unter Druck steht.

Ich danke den Teilnehmern des regelmäßigen Jour fixe in Potsdam bei Prof. Gerhard Danzer für ihre kontinuierliche Ermutigung.

Die zündende Idee für den Buchtitel stammt von Thomas Lünendonk. Auch ihm herzlichen Dank.

Berlin, im Winter 2026



# 1. Hat der Liberalismus etwas falsch gemacht?

„Der Liberalismus ist die politische Normalphilosophie der bürgerlichen Gesellschaft.“  
Henning Ottmann (2008b, S. 58).

„Der Kapitalismus hat den Wettbewerb der Systeme mühelos gewonnen. Wirtschaftsliberalismus und politischer Liberalismus können gleichermaßen triumphieren. Weit und breit keine Alternative. Die Geschichte, so scheint es, hat ihr liberales Finale erreicht. Die Utopien der Moderne sind in der Wirklichkeit angekommen. Die Versorgungsleistung der Marktwirtschaft ist unüberbietbar, im Rechtsstaat gilt die Gleichheit, der Sozialstaat sorgt für sozialen Ausgleich; und in der Demokratie üben wir politische Selbstbestimmung. Was bleibt noch zu hoffen? Wenig mehr als die weltweite Ausdehnung dieser liberalen Ordnungsformen, die Globalisierung von sozialer Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Zivilgesellschaft. Und was bleibt noch zu tun? Ein wenig Optimierungsarbeit an Wirtschaftsordnung, Staat und Demokratie, die den Horizont des Bestehenden nicht utopisch überschreiten muss, sondern sich an den immanenten, den Ordnungsformen des Liberalismus von Haus aus eingeschriebenen Idealen der Freiheit und Autonomie orientiert. Das Aufklärungsprojekt ist weitgehend vollendet. Jetzt geht es nur noch darum, es vor Verschleiß zu schützen.“

Das schrieb der Philosophieprofessor an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Wolfgang Kersting, 2008 in seinem Buch „Verteidigung des Liberalismus“ (S. 143). Würde er sich heute ebenso optimistisch ausdrücken? Der Liberalismus wird von vielen Seiten her attackiert. Im Inneren selbst machen sich Zweifel über die Konsequenzen seiner Politik breit, und von außen wird der Liberalismus bedrängt von Autokratie und Diktaturen. Es entstehen starke Zweifel am Wert der Freiheit und an der Fähigkeit des Liberalismus, sich zu verteidigen. Das Selbstbewusstsein der liberal Denkenden schwindet. Die Globalisierung, die Flut der Neuerungen, der Verlust alter Werte, die Individualisierung der Moderne – das alles bereitet auf die eine oder andere Art Unbehagen. Autokraten und Populisten versprechen einen Rückbau der dekadenten westlichen Lebensweise und den Schutz einer einheimisch-homogenen Gesellschaft.

Das zwischen Freiheit und Sicherheit schwingende Pendel bewegt sich zurück zu den Idealen der ethnischen Homogenität, der starken Hand eines Autokraten und einer illiberalen Hegemonie. Im Innern zeigen sich Entartungen des Liberalismus in einem Individualismus, der eher als Egoismus und Egozentrismus empfunden wird, welcher die Gemeinschaft der Demokraten untergräbt. Hat sich der Liberalismus überdehnt? Hat er einen Höhepunkt erreicht, von wo aus es – je nach Sichtweise – nur noch nach unten oder rückwärts gehen kann?

Danach sah es zunächst nicht aus. Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 markierte für die Staaten des ehemaligen Ostblocks eine historische Zäsur. Nach Jahrzehnten autoritärer Herrschaft im Zeichen des Kommunismus eröffnete sich erstmals die Möglichkeit, die politische und gesellschaftliche Entwicklung in souveräner Verantwortung neu zu gestalten. Viele dieser Länder orientierten sich rasch gen Westen – insbesondere mit dem Ziel, Mitglied der Europäischen Union und der NATO zu werden. Diese Westorientierung hatte tiefgreifende politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Motive, die eng mit den Erfahrungen aus der Zeit der sowjetischen Dominanz verbunden waren.

Zunächst war es das Bestreben nach nationaler Souveränität und Stabilität, das viele Staaten zur NATO trieb. Der Warschauer Pakt hatte den osteuropäischen Ländern eine militärische Abhängigkeit von Moskau aufgezwungen, die auch mit innerstaatlicher Repression einherging. Der sowjetische Einmarsch in Ungarn 1956 oder die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 hatten sich tief in das historische Gedächtnis eingegraben. Die NATO wurde daher nicht nur als Schutz vor einer potenziellen russischen Revanchismusgefahr gesehen, sondern auch als Ausdruck einer neuen, freiwilligen Einbindung in ein Bündnis gleichberechtigter Demokratien. Sicherheit bedeutete nun nicht mehr die militärische Vormundschaft eines autoritären Hegemons, sondern die kollektive Selbstverteidigung im Rahmen einer wertebasierten Allianz. Die Werte waren liberale: repräsentative Demokratie, Rechtsstaat mit dem zentralen Zweck der Freiheit und möglichst freie Entfaltung der Persönlichkeit.

Eher wirtschaftliche Motive spielten eine Rolle bei der Hinwendung zur Europäischen Union. Die Länder Mittel- und Osteuropas litten unter den wirtschaftlichen Rückständen und Strukturproblemen, die der Zentralverwaltungswirtschaft geschuldet waren. Die Aussicht auf Teilhabe am europäischen Binnenmarkt, auf Investitionen und auf europäische Fördermittel wurde als historische Chance begriffen, den wirtschaftlichen Rückstand gegenüber dem Westen aufzuholen. Zugleich war der Beitritt zur EU mit tiefgreifenden Reformen verbunden, etwa hinsichtlich Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft und institutioneller Transparenz. Der „Kopenhagener Kriterienkatalog“ wirkte dabei als demokratiepolitische Richtschnur – und als Legitimationsquelle gegenüber der eigenen Bevölkerung.

Schließlich war die Westorientierung auch Ausdruck eines kulturellen und zivilisatorischen Selbstverständnisses. Viele Staaten sahen sich historisch als Teil Europas und strebten danach, sich aus der geopolitischen Grauzone zwischen Ost und West zu lösen. Der Liberalismus, verstanden als politische Philosophie der Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und individuellen Selbstbestimmung, wurde zum ideellen Fundament dieser Neuausrichtung. Der Westen stand für Modernität, Offenheit und Zukunft – im Kontrast zur erlebten Rückständigkeit, Gängelung und ideologischen Erstarrung des Ostblocks. Der Beitritt zu NATO und EU bedeutete damit nicht nur eine sicherheitspolitische und wirtschaftliche Verankerung, sondern auch die bewusste Rückkehr in eine europäische Wertegemeinschaft, aus der man sich nie ganz ausgeschlossen gefühlt hatte (Sarotte, 2023; Schimmelfennig, 2003).

Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 wurde im Westen nicht nur als geopolitischer Sieg verstanden, sondern auch als ideologischer Triumph des Liberalismus. Die liberale Ordnung – mit ihrer Verbindung von Demokratie, Marktwirtschaft und individuellen Freiheitsrechten – erschien vielen als das Endmodell politischer Entwicklung, eine Deutung, die nicht zuletzt durch Francis Fukuyamas berühmt gewordenes Konzept vom „Ende der Geschichte“ 1989 geprägt wurde. In der Folge nahm der Liberalismus in den westlichen Industrienationen vielfältige Erweiterungen und Vertiefungen vor, sowohl in der ökonomischen Sphäre als auch im gesellschaftlichen Leben. Diese Entwicklungen waren nicht nur Ausdruck politischer Programme, sondern wurden auch getragen von einem weit verbreiteten Glauben an Fortschritt, Effizienz und individuelle Selbstverwirklichung.

In der Ökonomie zeigte sich die liberale Ausweitung vor allem in der Deregulierung von Märkten, der Privatisierung staatlicher Aufgaben und der Globalisierung des Handels. Staaten wie Großbritannien, die USA und Deutschland trieben in den 1990er und frühen 2000er Jahren eine marktorientierte Reformpolitik voran, die auf den Abbau staatlicher Steuerungsmechanismen setzte. Finanzmärkte wurden liberalisiert, grenzüberschreitende Investitionen erleichtert und internationale Freihandelsabkommen wie NAFTA oder die WTO-Verträge gewannen an Bedeutung. Der technologische Wandel – insbesondere durch Digitalisierung – beschleunigte diesen Prozess zusätzlich. Hinter dieser Dynamik stand das Motiv, nationale Volkswirtschaften wettbewerbsfähiger zu machen, Innovationen zu fördern und den Wohlstand durch offenen Handel zu steigern. Der Markt wurde dabei nicht nur als effizienter Ressourcenverteiler verstanden, sondern zunehmend als zivilisierende Kraft, die Friedfertigkeit, demokratische Strukturen und rechtliche Standards fördert.

Auch in den Gesellschaften wurde die grundsätzlich liberale Ordnung ausgebaut und neu interpretiert. Individuelle Autonomie und Selbstbestimmung gewannen an Reichweite. Das äußerte sich etwa in der Anerkennung vielfältiger Lebensformen, der Entwer-

tung der Ehe und der Auflösung traditioneller Familienrollen, in Fragen von geschlechtlicher Gleichstellung und Minderheitenrechten oder in der Diskussion über die Rolle von Religion im öffentlichen Raum. Letzteres betrifft insbesondere die Rolle des Islam in säkularen Gesellschaften. Bewegungen für Geschlechtergerechtigkeit, LGBTQ+-Rechte, für die Berücksichtigung von Minderheiten oder die Enttabuisierung psychischer Störungen fanden verstärkte gesellschaftliche und rechtliche Anerkennung. Der Liberalismus wirkte hier nicht als starre Ideologie, sondern als offenes Projekt, das sich fortwährend um Inklusion und Pluralität bemühte. Diese Trends verbreiteten sich bis in die konservative Mittelschicht hinein. In vielen westlichen Demokratien wurde die Ausweitung individueller Rechte nicht zuletzt als Lehre aus autoritären Erfahrungen des 20. Jahrhunderts verstanden – ein Schutzwall gegen Totalitarismus und Diskriminierung. Die liberale Grundhaltung prägte das westliche Selbstverständnis bis in die 2010er Jahre hinein: als Gesellschaftsmodell, das individuelle Freiheit mit kollektiver Ordnung, wirtschaftliche Dynamik mit sozialer Offenheit zu verbinden suchte (Fawcett, 2018).

Dann kam etwas ins Rutschen. Der Liberalismus scheint trotz seiner Vorteile nicht mehr unangefochten eine erstrebenswerte Staats- und Lebensform zu sein. Er gerät zunehmend in die Defensive. Fukuyama (2022) beschreibt die Probleme des Liberalismus folgendermaßen: Die Freiheit des Individuums und dessen Selbstbestimmung wurden übertrieben. Die Autonomie wurde zu egoistisch. Im Bereich der Wirtschaft bedeutet Autonomie vor allem das Recht auf freien Erwerb und Verkauf von Gütern und Dienstleistungen. Auch dieses Prinzip wurde auf die Spitze getrieben und hat im späten 20. Jahrhundert in den sogenannten Neoliberalismus<sup>1</sup> und damit zu „grotesken Ungleichheiten“ (Fukuyama, 2022, S. 34) geführt. Die persönliche Autonomie wurde benutzt zum Widerstand gegen soziale Normen, die dem Einzelnen von der Umgebungsgesellschaft auferlegt werden. Der Liberalismus untergrub seine Prämisse der Toleranz, indem er sich an die moderne Identitätspolitik anschmiegte. Diese Extremversionen des Liberalismus riefen Gegenreaktionen hervor, in denen die Ursprünge sowohl des Rechtspopulismus als auch der linksprogressiven Bewegungen zu sehen sind. Die Extremisten auf der linken wie auf der rechten Seite entwickelten eine Feindschaft gegen den Staat, von dem sie am liebsten in Ruhe gelassen werden möchten, von dem sie paradoxerweise gleichzeitig massive Unterstützung erwarten bei der Durchsetzung ihrer Agenda.

Die Kritik am liberalen Projekt hat in den letzten zwei Jahrzehnten erheblich an Schärfe und Breite gewonnen. Dabei greifen unterschiedliche gesellschaftliche Kräfte im Inland wie aus dem Ausland das liberale Denken an, teils aus diametral entgegengesetz-

---

1 Bitte beachten, dass ich den „Neoliberalismus“ anders definiere. Er ist für mich assoziiert mit der Öffnung nach dem Ersten Weltkrieg hin zu mehr staatlicher Intervention zugunsten gefährdeter und ärmerer Schichten.

ten Richtungen. Konservative und autoritäre Bewegungen, linke Globalisierungskritiker sowie religiös oder identitätspolitisch motivierte Gruppen stellen den wirtschaftlichen und politischen Liberalismus gleichermaßen infrage. Ihnen gemeinsam ist das Gefühl, dass der Liberalismus zentrale menschliche Bedürfnisse – nach Sicherheit, ethnischer Zugehörigkeit oder Gerechtigkeit – unzureichend berücksichtigt.

Ein zentraler Einwand gegen den wirtschaftlichen Liberalismus richtet sich gegen die Deregulierung und Globalisierung der Märkte. Kritiker bemängeln, dass die liberale Wirtschaftsordnung zu einer wachsenden sozialen Ungleichheit geführt habe, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährde. Der Rückzug des Staates, die Entgrenzung des Kapitals und der damit einhergehende Druck auf Löhne und soziale Sicherungssysteme werden als Ausdruck eines „neoliberalen Dogmas“ verstanden, das Profitmaximierung über das Gemeinwohl stellt. Linke und sozialdemokratische Strömungen sehen hierin eine Entfremdung des ökonomischen Liberalismus von seinem ursprünglichen Ziel, individuelle Freiheit für möglichst viele Menschen zu sichern. Stattdessen, so der Vorwurf, fördere die liberale Marktlogik Exklusion, Prekarisierung und Ohnmacht breiter Bevölkerungsschichten.

Auf der politischen Ebene wird dem Liberalismus häufig eine übermäßige Abstraktion und Entkopplung von nationalen oder kollektiven Identitäten vorgeworfen. Nationalkonservative und rechtspopulistische Kräfte kritisieren, dass der Liberalismus durch seine Betonung individueller Rechte traditionelle Bindungen – etwa an Nation, Religion oder Familie – untergräbt. Er habe, so der Vorwurf, die kulturelle Homogenität westlicher Gesellschaften ausgehöhlt und einem „Anything goes“ das Wort geredet. Liberale Gesellschaften gelten diesen Kritikern als schwach, dekadent und unfähig zur Selbstbehauptung. Sie berufen sich auf Werte wie Ordnung, Autorität, Tradition oder den Vorrang des Gemeinwohls vor individuellen Ansprüchen. Auch im linken Lager gibt es Kritik an einer vermeintlich „entpolitisierten“ liberalen Demokratie, die strukturelle Machtverhältnisse kaschiert und tiefere gesellschaftliche Umverteilung verhindert.

Zudem wird dem Liberalismus vorgeworfen, blind gegenüber den Grenzen der Selbstverwirklichung zu sein und einen ungunstigen Individualismus, Hedonismus und Egoismus zu fördern. In der liberalen Betonung individueller Wahlfreiheit sehen viele Kritiker eine Überforderung des Einzelnen, die mit Vereinzelung, Sinnverlust und narzisstischer Selbstverklärung einhergeht. Psychologisch wie kulturell werde so ein Boden geschaffen, auf dem Populismus, Verschwörungsdenken und Radikalisierung gedeihen könnten. Der Liberalismus, so die Diagnose mancher postliberaler Denker, habe zwar Freiheitsräume geöffnet, aber kaum mehr ein überzeugendes Bild vom „guten Leben“ zu bieten. Gerade in Zeiten multipler Krisen – vom Klimawandel über Migration bis zur Digitalisierung – scheint er keine verbindliche Orientierung mehr zu geben (Deneen, 2018; Möllers, 2020).

Neben den wirtschaftlichen, konservativen und populistischen Einwänden hat sich seit den 1990er Jahren auch eine vielstimmige Kritik am Liberalismus aus postkolonialer, feministischer und ökologischer Perspektive entwickelt. Diese Strömungen verbinden sich zwar nicht zu einem einheitlichen Gegenmodell. Doch sie teilen die fundamentale Skepsis gegenüber den universalen Ansprüchen des westlichen Liberalismus – insbesondere dort, wo er sich als menschenrechtliche, überzeitlich gültige Ordnung versteht. Ihre Kritik richtet sich weniger gegen individuelle Freiheit an sich, sondern gegen die blinden Flecken, Widersprüche und strukturellen Ausschlüsse, die liberale Theorien und Praktiken mit sich bringen.

Postkoloniale Denkerinnen und Denker betonen, dass der Liberalismus historisch häufig in enger Verbindung mit kolonialer Expansion stand. Die kolonialen Absichten des 19. und 20. Jahrhunderts wurden oft mit liberalen Begriffen wie „Zivilisation“, „Fortschritt“ und „Rechtsstaatlichkeit“ legitimiert, obwohl sie in der Praxis auf Unterwerfung, Ausbeutung und kulturelle Entwertung hinausliefen. Der Vorwurf lautet, dass der Liberalismus seinen eigenen Geltungsanspruch nie kritisch reflektiert hat – insbesondere nicht die Tatsache, dass viele seiner Errungenschaften auf asymmetrischen Machtverhältnissen gegenüber dem globalen Süden beruhten. Die liberale Rede von Gleichheit und Freiheit gelte nur selektiv, so die postkoloniale Kritik, und verdecke strukturelle Abhängigkeiten und epistemische Ungleichheiten, etwa in der Definition von Rationalität, Fortschritt oder Staatsbildung.

Auch feministische Theorien haben den Liberalismus analysiert und kritisiert. Der klassische Liberalismus sei in vieler Hinsicht eine Philosophie des bürgerlichen Mannes gewesen – mit einem verkürzten Begriff von Autonomie, der Hausfrauenarbeit, emotionale Bindungen und soziale Verwobenheit geradezu systematisch ausblende. Feministische Kritik macht darauf aufmerksam, dass individuelle Freiheit und Selbstverwirklichung oft auf der unsichtbaren Arbeit anderer – zumeist Frauen – beruhen. Gleichzeitig problematisieren viele feministische Stimmen die vermeintliche Neutralität liberaler Institutionen wie Recht und Politik, die geschlechtsspezifische Machtasymmetrien nicht etwa aufheben, sondern institutionell fortschreiben. Ein inklusiver Liberalismus müsse daher grundlegende Begriffe wie Freiheit, Gerechtigkeit und Öffentlichkeit neu definieren.

Die ökologische Kritik wirft dem Liberalismus vor, ein Fortschritts- und Wachstumsmodell etabliert zu haben, das mit den planetaren Grenzen unvereinbar sei. In der liberalen Ordnung, so argumentieren Vertreter der Umweltbewegung oder der Degrowth-Theorie, wird Natur vor allem als Ressource verstanden, die dem menschlichen Nutzen zu dienen habe. Die liberale Trennung zwischen Markt und Natur, zwischen Individuum und Umwelt, zwischen kurzfristigem Profit und langfristiger Nachhaltigkeit führe zu einer systematischen Externalisierung ökologischer Kosten. Besonders in der Klimaerwärmung zeigt sich für viele die Unfähigkeit liberaler Institutionen, effektive kollektive

Handlungsmechanismen zu etablieren. Der Liberalismus, so die Kritik, bietet ein normatives Gerüst für individuelle Rechte – aber kaum eine Vorstellung davon, wie globale Verantwortung, intergenerationale Gerechtigkeit oder die Rechte von Tieren politisch verankert werden können. Diese kritischen Stimmen fordern keinen autoritären Gegenentwurf, sondern meist eine radikale Revision liberaler Grundbegriffe oder eine Abkehr von ihnen. Sie verlangen nach einem Liberalismus, der Machtverhältnisse sichtbar macht und seine universalistischen Ansprüche mit echter Pluralität und ökologischer Verantwortung verbindet (Foroutan, 2029; Brown, 2015).

Liberalismus ist eng verschwistert mit Demokratie und liberaler Marktwirtschaft. Die Ablehnung des Marktmodells wird von vielen Gruppen und politischen Bewegungen über eine Kritik des „Kapitalismus“ transportiert. Die Kritik am Kapitalismus ist ein zentrales Element zahlreicher politischer, sozialer und intellektueller Bewegungen – von linken Parteien über globalisierungskritische NGOs bis hin zu sozialwissenschaftlichen Theoretikern. Zwar gibt es kein einheitliches Verständnis von Kapitalismus, doch die Ablehnung richtet sich meist gegen das aktuelle Modell einer globalisierten, marktorientierten Wirtschaftsordnung, das mit dem Liberalismus seit dem späten 20. Jahrhundert eng verbunden ist.

Ein häufig genannter Vorwurf ist die zunehmende Spaltung der Gesellschaft. Kritiker monieren, dass der Kapitalismus zwar formale Chancengleichheit verspreche, in der Realität jedoch strukturelle Ungleichheiten produziere und reproduziere. Wer Vermögen oder sozialen Status erbt, habe systematische Vorteile, während große Teile der Bevölkerung in prekären Arbeitsverhältnissen, mit unsicherer Altersvorsorge und begrenztem Zugang zu Bildung oder Gesundheitssystemen leben. Diese Dynamik werde durch neoliberale Deregulierungspolitiken, Steuererleichterungen für Vermögende und eine schwächer werdende staatliche Umverteilung noch verschärft.

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt betrifft die Schere zwischen Arm und Reich, die sich sowohl innerhalb einzelner Länder als auch global angeblich immer weiter öffnet. Zahlreiche Studien zeigen, dass das wirtschaftliche Wachstum in den letzten Jahrzehnten zwar insgesamt hoch war, die Gewinne daraus jedoch ungleich verteilt wurden. Während große Unternehmen und wohlhabende Investoren von Globalisierung, Digitalisierung und Finanzmärkten profitierten, stagnierten in vielen westlichen Ländern die Reallöhne der Mittelschicht. Diese Ungleichverteilung wird als demokratiegefährdend empfunden: Wer sich wirtschaftlich abgehängt fühlt, verliere das Vertrauen in politische Institutionen und werde anfälliger für populistische oder autoritäre Bewegungen. Kapitalismuskritiker argumentieren daher, dass nicht nur soziale Gerechtigkeit, sondern auch die Stabilität demokratischer Systeme durch eine entfesselte Marktlogik gefährdet sei. Auch der zunehmende Einfluss großer Konzerne auf Politik, Medien und Regulierung gilt vielen als Zeichen für eine Aushöhlung demokratischer Kontrolle.

Ferner steht „der Kapitalismus“ in der Kritik, weil er ökologische und soziale Kosten externalisiere, also auf Gesellschaft und Umwelt abwälze. Der Wachstumszwang kapitalistischer Ökonomien führe zu Raubbau an natürlichen Ressourcen, zur Klimakrise und zur Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, insbesondere im globalen Süden. Die kapitalistische Logik – Effizienzsteigerung, Profitmaximierung, Wettbewerb – sei mit langfristiger Nachhaltigkeit schwer vereinbar. In kultureller Hinsicht wird kritisiert, dass der Kapitalismus zu einer Ökonomisierung aller Lebensbereiche beitrage: Bildung, Pflege, Wohnen und selbst zwischenmenschliche Beziehungen würden zunehmend unter Marktgesichtspunkten organisiert, was soziale Solidarität und Gemeinwohlorientierung unterminiere. Diese Kritik ist nicht neu, doch sie hat in Zeiten globaler Krisen neue Schärfe und Aktualität gewonnen. (Piketty, 2014; Streeck, 2015)

In Deutschland besteht vor allem in links-grünen Kreisen – gelegentlich „progressistisch“ genannt – eine habituelle Ablehnung des Kapitalismus. Diese Ablehnung weitet sich oftmals zu einer globalen Skepsis gegenüber demokratischen politischen Prozessen und einer Politik- und Staatsverdrossenheit aus. Feuilletonisten, Kabarettisten, Journalisten, Natur- und Umweltschützer, Linke, Grüne, Dritte-Welt-Aktivisten, Wutbürger, Pegida-Demonstranten, Internet-Trolle, Alt-Achtundsechziger, Asketen, Vegetarier, Veganer, Bio-Bauern, katholische und evangelische Kirche, Bildungsbürger mit schlechtem Gewissen, linke Lehrer, Gewerkschaften, Sozialverbände, Verbraucherverbände usw. gehören dazu. Sie stellen nicht einmal zusammengenommen die Mehrheit, sind aber dominant in Medien und Öffentlichkeit. Sie alle leben sehr gut von den erwirtschafteten Früchten der sozialen Marktwirtschaft, kritisieren diese aber heftig und oft fundamental. Paradoxerweise nimmt gleichzeitig die Vorstellung vom Staat als nährenden Mutter und beschützenden Vater zu.

Die Kritik illiberaler und autoritärer Regierungen am westlichen Liberalismus ist vielschichtig und oft strategisch motiviert. In Staaten wie Russland, Ungarn und in der republikanischen politischen Strömung der USA wird der Liberalismus nicht nur als politische Philosophie, sondern als kulturelle und moralische Bedrohung dargestellt. Dabei zielt die Kritik auf das, was als Dekadenz, Identitätsverlust und moralische Auflösung westlicher Gesellschaften wahrgenommen wird. Der Liberalismus erscheine als ideologisches Projekt, das traditionelle Werte zerstöre, nationale Souveränität untergrabe und die Autorität staatlicher Institutionen schwäche. Diese Narrative dienen nicht zuletzt dazu, autoritäre Herrschaft zu legitimieren und entsprechende politische Ordnungsmodelle zu rechtfertigen, die ohne Rechtssicherheit, Gewaltenteilung und bürgerliche Freiheitsrechte auskommen.

In den Vereinigten Staaten wird die Kritik am Liberalismus insbesondere von rechts-populistischen und nationalkonservativen Bewegungen getragen. Donald Trump greift permanent liberale Institutionen wie unabhängige Gerichte, freie Medien und internati-

onale Organisationen an. Von ihm wird Liberalismus mit Elitenherrschaft, Globalismus und kultureller Entwurzelung gleichgesetzt. Der Begriff „wokeism“ dient oft als Chiffre für eine ablehnende Haltung gegenüber liberaler Identitätspolitik, Gleichstellungsbemühungen und universellen Menschenrechten. Stattdessen wird auf nationale Souveränität, religiöse Werte und eine „law and order“-Politik hingearbeitet – teils in offener Abkehr vom pluralistischen Ideal liberaler Demokratien. Diese Rhetorik hat nicht nur innenpolitische Auswirkungen, sondern stellt auch die internationale Ordnung des liberalen Westens offen infrage. (Krastev & Holmes, 2019 / 20; Applebaum, 2022)

Russlands Dauerpräsident Putin stellt den westlichen Liberalismus als gescheitertes Modell dar, das seiner Meinung nach zu kulturellem Relativismus, Identitätsverwirrung und gesellschaftlicher Instabilität geführt habe. In seiner viel beachteten Rede beim Valdai-Forum 2019 erklärte er, der „liberale Gedanke“ habe seine Funktion erfüllt und sei überlebt. Russland präsentiere sich im Kontrast dazu als Verteidiger traditioneller Werte, etwa der Familie, Religion oder nationaler Einheit. Ähnliche Argumente finden sich beim Ungarn Viktor Orbán, der seit 2014 offen ein „illiberales Staatsmodell“ propagiert. Für ihn bedeutet Liberalismus eine Schwächung des Nationalstaates zugunsten supranationaler Institutionen wie der EU sowie eine Aushöhlung gemeinsamer Identität durch Multikulturalismus und Migration. Der Staat müsse das Gemeinwesen vor dieser „Auflösung“ schützen – auch durch Einschränkungen individueller Freiheiten.

Putins Russland führt seit etwa 2010 einen zunehmend offenen Krieg gegen den liberalen Westen in Form von Mord, Desinformation, Sabotage (Cyberangriffe) und Spionage. Die aggressive Strategie zielt darauf ab, die politische Geschlossenheit und normative Autorität des liberalen Westens zu untergraben. Russland betrachtet die Osterweiterung von NATO und EU als Bedrohung seiner geopolitischen Einflusssphäre und träumt – zunächst als Kooperation verstanden – von einem „gemeinsamen eurasischen Raum von Lissabon bis Wladiwostok“. Der Ausdruck diene dabei dazu, Russland nicht als Teil Asiens, sondern als zivilisatorisches Bindeglied zwischen Europa und Asien zu präsentieren – natürlich unter russischer Dominanz. Nach der Annexion der Krim 2014 und den Spannungen mit der EU wurde dieser Vorschlag zunehmend durch aggressive Konfrontation nach innen und außen ersetzt. Im Innern wurde die Opposition ausgeschaltet, wurden Nichtregierungsorganisationen verboten, Kritiker inhaftiert, ermordet oder ins Ausland getrieben. Im Krieg gegen die Ukraine begeht Russland zahlreiche Kriegsverbrechen. Einige europäische politische Kräfte aus dem linken und ebenso aus dem rechten und rechtspopulistischen Spektrum scheinen bereit, sich russischer Diktatur und Dominanz zu unterwerfen.

Vielleicht kann sich Europa jetzt endlich zusammenraufen. Europa hat die volle Verantwortung für die Ukraine. Die Dinge sind sehr eindeutig geworden. Und doch gibt es in der deutschen Innenpolitik starke Kräfte, die hoffen, sie könnten sich fernhalten,

und die so tun, als würde sich die Sache irgendwie von selbst erledigen, wenn man keine Waffen liefert und die Ukraine einfach ignoriert. Der Rückzug der USA von gemeinsamen Werten bedeutet praktisch, Europa in die Abwehr des kriegerischen Russlands zu zwingen. Zögerlichkeit kann sich Europa nicht mehr leisten. Die Ukraine, Europa, Demokratie und Freiheit haben jetzt eine letzte Überlebenschance. Es sind die Ukrainer, die heute die europäischen Kardinaltugenden leben, betont Jurko Prochasko, Literaturwissenschaftler, Übersetzer und Autor aus der Ukraine: Freiheit, die sich auch zu verteidigen weiß; die Bereitschaft, für die Demokratie zu kämpfen; die rege Zivilgesellschaft, die hinter diesen Werten mit Überzeugung steht (Prochasko, 2025). Die Wahl, vor der Europa steht, ist nicht sonderlich kompliziert: Entweder unterstützt Europa die Ukrainer bis zu einem belastbaren Frieden oder es fällt mit ihnen. Entweder bleibt Europa frei oder es wird ein russisches Hegemonialgebiet. Es geht um den Fortbestand des politischen wie ökonomischen Liberalismus, der so unendlich vielen Menschen Freiheit und Wohlstand gebracht hat.

Die Kritik islamischer Staaten sowie islamistischer Bewegungen am Liberalismus der westlichen Industrienationen ist tief in religiösen, kulturellen und politischen Gegensätzen verankert. Während einige islamisch geprägte Staaten – etwa in Nordafrika oder Südostasien – versuchen, liberale Prinzipien selektiv mit islamischem Recht zu verbinden, lehnen andere Regime und islamistische Akteure den westlichen Liberalismus grundsätzlich ab. Für sie stellt er nicht nur ein politisches System, sondern ein umfassendes zivilisatorisches Projekt dar, das mit den Grundwerten des Islam unvereinbar ist. Besonders die Betonung individueller Autonomie, die Gleichwertigkeit der Frau, die Säkularisierung des Staates und die kulturelle Offenheit liberaler Gesellschaften gelten als Bedrohung nicht nur für die religiöse Ordnung und kollektive Identität, sondern auch für die jeweiligen männlichen Machthaber.

Zentraler Kritikpunkt ist die Trennung von Religion und Politik, der Kern liberaler Staatsauffassung. In vielen islamisch geprägten Gesellschaften wird dies als Versuch verstanden, den Islam aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen und durch eine westliche, säkulare Norm zu ersetzen. Islamistische Bewegungen wie die Muslimbruderschaft, die Islamische Kalifatpartei Hizb ut-Tahrir oder salafistische Gruppen sehen im Liberalismus einen „imperialistischen Angriff“ auf die islamische Welt. Sie fürchten Entmachtung und moralische wie geistige Entwurzelung. Die Liberalisierung von Geschlechterrollen, LGBTQ+-Rechte oder das westliche Verständnis von Meinungsfreiheit werden dabei als Ausdruck moralischer Dekadenz wahrgenommen, die im Widerspruch zur Scharia stehen.

Auch geopolitische Aspekte spielen eine Rolle in dieser Kritik. Viele islamische Staaten und Bewegungen sehen den Liberalismus als Instrument westlicher Dominanz und Arroganz. Die militärischen Interventionen in Afghanistan, Irak oder Libyen, oft im Na-

men von „Demokratieexport“ und Menschenrechten, haben die Vorstellung verstärkt, dass Liberalismus ein Vorwand sei, um geopolitische Kontrolle auszuüben und kulturelle Hegemonie zu sichern. Diese Lesart findet nicht nur in radikalen Milieus Anklang, sondern auch in gemäßigten Regierungen, die sich auf die Bewahrung kultureller und religiöser Autorität berufen.

Gleichzeitig darf die Kritik nicht zu undifferenziert ausfallen. Innerhalb der islamischen Welt existieren einige liberale oder reformorientierte Stimmen, die einen Dialog zwischen islamischer Tradition und liberaler Moderne für möglich halten. Doch sie stehen häufig unter dem Druck autoritärer Regime und islamistischer Hardliner, die jede Öffnung in Richtung westlicher Ideen als Verrat an der religiösen Identität betrachten. Die Möglichkeit einer Liberalisierung des Islam führt zu heftigen innerislamischen Konflikten. (Roy, 1998; Raddatz, 2005)

Der Konflikt zwischen westlicher Demokratie und autoritärem Islamismus ist von einer tiefgreifenden Asymmetrie geprägt – sowohl in den politischen Mitteln als auch in den normativen Grundlagen. Während liberale Demokratien auf Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und die Anerkennung oppositioneller Kräfte angewiesen sind, lehnt der autoritäre Islamismus diese Prinzipien grundsätzlich ab. In westlichen Demokratien gehört politische Opposition zum System: Sie wird durch freie Wahlen, unabhängige Medien und rechtlich garantierte Meinungsfreiheit institutionell geschützt. In autoritär-islamistischen Herrschaftssystemen dagegen gilt Opposition in der Regel nicht als legitimer Teil des politischen Prozesses, sondern als Bedrohung göttlicher Ordnung oder staatlicher Einheit – sie wird systematisch verfolgt, kriminalisiert oder gewaltsam unterdrückt.

Auch im Hinblick auf die Gewaltanwendung bestehen erhebliche Unterschiede. Liberale Demokratien betrachten Gewalt als ultima ratio und binden ihr staatliches Gewaltmonopol an rechtsstaatliche Verfahren. Der autoritäre Islamismus hingegen kann – insbesondere in seiner radikalisierten Form – Gewalt als legitimes Mittel politischer oder religiöser Selbstbehauptung betrachten, nicht nur gegen innere Gegner, sondern auch gegen äußere Feinde. Der Einsatz von Gewalt wird dabei oft religiös aufgeladen und ideologisch gerechtfertigt, etwa als „Verteidigung des Islam“ oder „Widerstand gegen Ungläubige“. Diese Asymmetrie führt dazu, dass sich liberale Demokratien in einem strategischen Dilemma wiederfinden: Sie müssen sich gegen Akteure verteidigen, die weder ihre Normen teilen noch ihre Zurückhaltung anerkennen, und wollen zugleich ihre eigenen Prinzipien wahren.

Die Terroranschläge auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington, D. C., waren die verheerendsten islamistisch motivierten Angriffe in der neueren Geschichte. Insgesamt kamen rund 3000 Menschen ums Leben, Tausende wurden verletzt. Sie führten zu einem tiefgreifenden Wandel der internationalen Sicherheits- und Außenpolitik, unter anderem zur Ausrufung des „Kriegs gegen den Terror“ und zur Invasion

Afghanistans. Islamistische Terroristen der Gruppe Islamischer Staat (IS) verübten koordinierte Angriffe in der französischen Hauptstadt, darunter auf das Konzerthaus Bataclan, mehrere Bars und Restaurants sowie das Stade de France. Insgesamt wurden 130 Menschen getötet, mehr als 350 verletzt. Die Anschläge richteten sich wahllos gegen das öffentliche Leben und westliche Lebensformen. Vier Selbstmordattentäter zündeten am 7. Juli 2005 in London Sprengsätze in drei U-Bahnen und einem Bus während des morgendlichen Berufsverkehrs. 52 Menschen starben, rund 700 wurden verletzt. Die Anschläge lösten eine intensive Debatte über Radikalisierung im eigenen Land aus. Zwei islamistische Attentäter stürmten im Januar 2015 in Paris die Redaktion des Satiremagazins Charlie Hebdo, töteten zwölf Menschen und verwundeten mehrere. In den darauffolgenden Tagen kam es zu weiteren Angriffen, unter anderem auf einen jüdischen Supermarkt. Insgesamt starben 17 Menschen. Die Täter beriefen sich auf eine vermeintliche Blasphemie gegen den Propheten Mohammed. Ein islamistisch motivierter Täter fuhr am 14. Juli 2016 während der Feierlichkeiten zum französischen Nationalfeiertag mit einem Lastwagen in eine Menschenmenge. 86 Menschen starben, mehr als 400 wurden verletzt. Der aktuell letzte Höhepunkt war der Überfall arabischer Hamas-Terroristen auf Israel am 7. Oktober 2023. Sie töteten 1175 Menschen, davon 725 israelische Zivilisten, 71 ausländische Staatsangehörige und 379 Angehörige der Sicherheitskräfte – einschließlich 36 Kinder. Etwa 3400 Zivilisten und Soldaten wurden verletzt. Nach Gaza wurden 251 Personen verschleppt. 454 israelische Soldaten starben im direkten Kampfeinsatz im Gazastreifen. Nach israelischen Angaben wurden bis Mitte 2025 etwa 1600 Hamas-Kämpfer getötet (alle Zahlen aus Wikipedia). Die Opferzahl in Gaza insgesamt wird von der Hamas mit 50 000 angegeben.

Die Anschläge richteten sich bewusst gegen Symbole westlicher Freiheit und öffentlicher Lebensfreude. Tragt den Krieg in ihre Länder, lautete Bin Ladens Botschaft. Gemeint waren die Länder der „Ungläubigen“. Diese Kriegserklärung hat Al-Qaida mit den Anschlägen vom 11. September unterstrichen, doch das war nur der Auftakt. Denn in der Weltsicht der Islamisten, ob sie sich nun zu Al-Qaida, dem „Islamischen Staat“ oder Boko Haram rechnen, ist dieser Krieg erst zu Ende, wenn sie alle Staaten unterworfen, alle Menschen zu ihrer Version des Islam bekehrt, unterjocht oder umgebracht haben. Diese Attentate fordern demokratische Gesellschaften in ihren Grundfesten heraus – etwa in Fragen der inneren Sicherheit, Integration, Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit. Es ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, dass die liberale Weltanschauung und die auf ihr beruhenden Staaten diese blutige Auseinandersetzung gewinnen werden, aber noch befindet sich der Westen mitten in der Konfrontation.

Die liberale Demokratie der Bundesrepublik Deutschland steht seit einigen Jahren zunehmend auch unter innerstaatlichem Druck durch rechts- und linksextreme Milieus, die das bestehende politische System fundamental ablehnen. Zwar unterscheiden sich ihre Ideologien stark, doch beide Strömungen eint das Misstrauen gegenüber den Insti-

tutionen des freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaats, die Ablehnung repräsentativer Politik sowie die Vorstellung, dass das politische System im Interesse weniger und zum Nachteil vieler funktioniere.

Rechtspopulisten und rechtsextreme Gruppen werfen der liberalen Demokratie in Deutschland vor, nicht mehr demokratisch im eigentlichen Sinne zu sein. In ihrer Rhetorik wird häufig das Bild einer „Gesinnungsdiktatur“ bemüht, in der „das Volk“ angeblich entmündigt werde – durch Eliten, Medien, die „Altparteien“ oder supranationale Institutionen wie die EU. Die politische Ordnung wird als „System Merkel“ oder „Altparteienkartell“ diskreditiert, das unter dem Deckmantel von Toleranz und Menschenrechten „die deutsche Identität“ untergrabe. Zentral ist dabei die Vorstellung, dass die liberale Demokratie zu schwach sei, um nationale Interessen, kulturelle Homogenität und Sicherheit zu garantieren. Migration, Genderpolitik, Klimaschutz oder Medienvielfalt erscheinen in diesem Weltbild nicht als Ausdruck pluralistischer Gesellschaften, sondern als Ausdruck einer angeblichen Dekadenz und Entfremdung vom „Volkswillen“.

Auch linksextreme Gruppen lehnen die bestehende Ordnung ab, allerdings aus gegensätzlichen Gründen. Sie sehen in der liberalen Demokratie ein Herrschaftssystem, das kapitalistische Ausbeutung, soziale Ungleichheit und strukturelle Repression verschleiert. Der Staat wird nicht als neutrales Instrument kollektiver Willensbildung verstanden, sondern als Werkzeug der Besitzenden zur Stabilisierung der bestehenden Machtverhältnisse. Repräsentative Demokratie gilt als Fassadendemokratie, in der politische Partizipation auf symbolische Akte wie Wahlen reduziert sei, während reale Entscheidungsmacht in Händen wirtschaftlicher Eliten liege. Institutionen wie Parlamente, Polizei oder Justiz werden daher nicht als schützenswerte Organe der Demokratie wahrgenommen, sondern als Teil des Problems.

Rechte wie linke Systemkritik arbeitet mit einem simplen Freund-Feind-Denken, das die Komplexität demokratischer Aushandlungsprozesse negiert oder ignoriert. Die liberale Demokratie – mit ihrer Offenheit, ihrer Kompromissbereitschaft und ihrer normativen Zurückhaltung – wird dabei nicht als Stärke, sondern als Schwäche gedeutet. Während Rechtspopulisten nach einer autoritäreren, ethnisch homogenen Ordnung rufen, plädieren linksextreme Gruppen für eine radikale Umverteilung, Basisdemokratie oder gar die Abschaffung des Staates. Beiden gemeinsam ist die Ablehnung der pluralistischen, rechtsstaatlich kontrollierten Demokratie der Bundesrepublik (Jesse, Backes et al., 2024; Decker, 2006).

Auf einer anderen, grundsätzlicheren Ebene wird ein Unbehagen am Liberalismus vorgebracht. Viele Menschen können sich nicht für den Liberalismus erwärmen. Sie nehmen dessen Annehmlichkeiten an, weisen dessen Moral aber als „Kapitalismus“ zurück. Freiheitspathos und Subsidiarität werden im Wohlfahrtsstaat nicht einmal mehr zur Kenntnis genommen. Die Grenzüberschreitung der Globalisierung macht eher

Angst. Liberalismus und Kapitalismus können den offenkundig vorhandenen Bedarf an Sicherheit und Bindung nicht befriedigen. Beide lockern Bindungen, stürzen Autoritäten, schaffen Gewissheiten ab. Die Religion wurde zu einer privaten Angelegenheit. Die Geschichte hat keine Teleologie. Der Liberalismus lässt die Menschen mit der Zumutung der Selbstermächtigung allein. Viele sind dem nicht gewachsen. Die Sozialdemokratie, die Grünen und Linken reagieren darauf mit einem umfangreichen sozialen Sicherheitsapparat: „Wir lassen niemanden zurück!“ lautet ihr Versprechen. Die Freiheit, nach eigener Fassung selig zu werden, lassen sich die Bürger nicht nehmen. Sie lassen sich aber auch nicht die (finanziellen) staatlichen Versorgungsmaßnahmen nehmen. So wird die Freiheit des Liberalismus zu einer einsamen Angelegenheit, die jeder für sich selbst leben muss, die aber viele nicht leben wollen. Bei aller Individualisierung sind immer noch starke zwischenmenschliche Bande bestehen geblieben. Die sozialen Medien mögen die zwischenmenschlichen Beziehungen lockern, ganz aufgegeben werden sie nicht. „Wir haben es bis zum Konsumindividualismus gebracht, zum Verantwortungsindividualismus sind wir aber noch nicht fähig. Wir wollen Gewissheit und Steuerung, sehnen uns nach ethischer Geschlossenheit und umfassender Sicherheit, betrachten den Sozialstaat als eine Gemeinschaft des Guten und dichten dem Staat die Weisheit an, die Kinder bei Erwachsenen vermuten.“ (Kersting, 2009, S. 90)

Es gibt sogar Kritik von liberaler Seite an der liberalen Demokratie – weniger in Form einer Ablehnung, sondern als selbstreflexive Auseinandersetzung mit den Spannungen und Fehlentwicklungen, die sich im Laufe ihrer Entwicklung herausgebildet haben. Liberale Denker und Politiker betonen seit jeher, dass der freiheitliche Staat nur Bestand haben kann, wenn er sich selbst begrenzt – durch Rechtsbindung, institutionelle Mäßigung und fiskalische Verantwortung. Gerade in diesen Punkten sehen viele Liberale gegenwärtig Defizite, insbesondere was eine Begrenzung der Staatsausgaben betrifft. Eine steigende Staatsverschuldung wird von vielen Liberalen als Gefährdung der staatlichen Handlungsfähigkeit und der Generationengerechtigkeit kritisiert. Der liberale Staat solle möglichst schlank sein, seine Aufgaben klar definieren und nicht durch permanente Verschuldung in eine Abhängigkeit von zukünftigen Steuerzahlern geraten. Die expansive Haushaltspolitik in vielen westlichen Demokratien – besonders nach der Finanzkrise 2009 und in der Corona-Pandemie ab 2020 – wird als Aushöhlung des haushaltspolitischen Verantwortungsprinzips verstanden. Liberale Kritiker warnen ferner vor einer wachsenden Macht multinationaler US-Konzerne. Die schwindenden staatlichen Einflussmöglichkeiten auf das selbstherrliche Gebaren einiger sozialer Netzwerke könnten das Vertrauen in die Institutionen des Rechtsstaats unterminieren. Aber auch innerhalb des demokratischen Systems wächst die Ungeduld. Vor Wahlen versprechen Parteien Reformen und signalisieren Handlungsfähigkeit. Diese Versprechen werden seit einigen Jahrzehnten nicht mehr eingehalten. Koalitionsregierungen kooperieren nicht wirklich,

sondern betreiben weiterhin Wahlkampf. Entscheidungen werden hinausgezögert durch immer neue politische „Gipfel“. Aber es gibt kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Welche Fehlanreize es im Renten-, Gesundheits- und Steuersystem gibt und wie sehr sie Gerechtigkeit und Wachstum hemmen, lässt sich seit Jahren in den Gutachten des deutschen Sachverständigenrats und anderer Beratungsgremien nachlesen. Dem steht nicht nur eine SPD im Weg, deren Strategie es offenbar ist, mit noch mehr Umverteilung von oben nach unten noch mehr Wählerstimmen zu verlieren. Bürgergeld, gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung sowie Rente sind große Kostentreiber. Jede auch noch so kleine Kürzung wird als „Kahlschlag“ gebrandmarkt.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Ausweitung staatlicher Aufgaben im Bereich sozialer Sicherung, Regulierung und Bürokratie. Zwar erkennen viele Liberale die Notwendigkeit sozialer Ausgleichsmechanismen an, doch sie warnen vor einem „übergriffigen“ Staat, der nicht mehr nur Freiheit schützt, sondern sie durch Überregulierung und Umverteilung beschneidet. In diesem Zusammenhang wird auch das Spannungsverhältnis zwischen individueller Eigenverantwortung und kollektiver Absicherung neu verhandelt: Der liberale Rechtsstaat, so die Sorge, verliere seine Balance, wenn er sich mehr um soziale Gleichheit als um Freiheitsräume bemüht. Insbesondere in Debatten um Klimaschutz, Identitätspolitik oder öffentliche Moral sehen einige Liberale die Gefahr, dass politische Ziele zunehmend auf Kosten individueller Freiheit verfolgt werden.

Diese Selbstkritik ist Ausdruck einer tief verwurzelten liberalen Tradition: der des kritischen Rationalismus und der ständigen Prüfung politischer Macht – auch der eigenen. Der Liberalismus lebt nicht von der Behauptung, perfekte Antworten zu haben, sondern vom Vertrauen in Verfahren, Begrenzung und Debatte. Liberale Kritik am Liberalismus ist damit kein Zeichen von Schwäche, sondern von Selbstverantwortung und ein Hinweis auf die seit jeher bestehende immanente Fähigkeit zur Selbstkritik und Selbstkorrektur. (Möllers, 2020)

Liberale selbst sind sich uneins über die Zukunft des Liberalismus. Ein zentraler und weithin rezipierter Verteidiger des Liberalismus ist Jürgen Habermas. Auch wenn er nicht dem klassischen ökonomischen Liberalismus zugerechnet wird, ist er einer der einflussreichsten Verteidiger der liberalen Demokratie im umfassenden Sinne – also einer Ordnung, die Rechtsstaatlichkeit, kommunikative Öffentlichkeit und individuelle Freiheit verbindet. In Werken wie „Faktizität und Geltung“ (1992) oder „Zur Verfassung Europas“ (2011) verteidigt er die Grundlagen des Verfassungsstaats gegen autoritäre, populistische oder technokratische Bedrohungen. Habermas steht für eine republikanisch geprägte, sozial integrierte und rational begründete Form des Liberalismus, die Freiheitsrechte und demokratische Teilhabe als untrennbar begreift.

Ein liberaler Autor hingegen, der in den letzten Jahren das Ende des Liberalismus oder zumindest seine Erosion diagnostiziert hat, ist John N. Gray. Der britische Politik-

wissenschaftler, Inhaber des Lehrstuhls für europäische Ideengeschichte an der London School of Economics, begann als klassischer Liberaler, entwickelte sich jedoch zunehmend zu einem scharfen Kritiker liberaler Utopien. In seinem Werk „Postliberalism: Studies in Political Thought“ (1993) analysierte er die Spannungen innerhalb der liberalen Tradition, später – besonders in „Die falsche Verheißung. Der globale Kapitalismus und seine Folgen“ (1999) und „Gray’s Anatomy“ (2009) – beschrieb er den Liberalismus als überdehntes, historisch erschöpftes Projekt. Für Gray führt die Kombination aus individualistischem Freiheitsverständnis, wirtschaftlichem Globalismus und moralischem Universalismus in eine politische Sackgasse. Er sieht die Zukunft nicht im Niedergang der Freiheit, sondern in der Auflösung des liberalen Konsenses als dominierendes politisches Paradigma. Der aufklärerische Glaube, dass die Menschheit eine rationale, liberale und gut verwaltete Zukunft erwartet und dass Tyrannei, Chauvinismus und Unvernunft der Vergangenheit angehören, war illusionär.

„Postliberalismus“ ist auch das Stichwort für den US-Philosophieprofessor Patrick J. Deneen, der an der Katholischen Privatuniversität Notre-Dame in Indiana lehrt. Sein Buch trägt den Titel „Warum der Liberalismus gescheitert ist“; 2023 erschien „Regime Change: Toward a Postliberal Future“. Der Professor zielt auf einen endgültigen Sturz der „korrupten herrschenden Klasse“. Diese liberale Klasse hat statt Glück und Freiheit ein System der gesellschaftlichen Ungleichheit geschaffen, lokalen Gemeinschaften geschadet und ein unkontrolliertes Machtwachstum der Regierung zugelassen. Er beklagt leere Kirchen, Naturentfremdung, instabile Familien, sterbende Dörfer, Konsumismus und Egoismus. Seine „postliberale Ordnung“ läuft auf religiöse Werte mit Familienfreundlichkeit, auf außenpolitischen Isolationismus und auf konservative Sozialpolitik hinaus. Darin sieht er die „tatsächlichen Interessen der Menschen“ vertreten. Der „Westen“ als normatives, über sich selbst hinausweisendes Projekt, wie ihn etwa der Historiker Heinrich-August Winkler versteht, hat in einer solchen Vision keinen Platz.

Die progressiven Kräfte, zu denen auch die Liberalen zählen, haben in der jüngeren Vergangenheit einen nicht unerheblichen Teil ihrer Kräfte darauf verwendet, vor Rechtsextremismus, Neofaschismus, Autoritarismus und Illiberalität zu warnen. Kann man damit noch einen relevanten Teil der Wählerschaft beeindrucken? Samuel Moyn verneint diese Frage. Sein Buch „Der Liberalismus gegen sich selbst“ erschien 2024 auf Deutsch. Er bezieht sich aber nur auf den von ihm so genannten „Cold War Liberalism“ liberaler Politiktheoretiker, die sich angeblich darin erschöpft hätten, vor dem Kommunismus und der Sowjetunion zu warnen. Die „Freiheit zu ...“, die fortschreitende Emanzipation hätten sie aufgegeben. Moyns Liberalismuskritik leuchtet nicht ein. Was wären jene utopischen, progressiven und egalitären Elemente gewesen, die der Liberalismus hätte anbieten sollen? In Deutschland etwa hat es weiteren sozialen Fortschritt gegeben, vor allem im Familienrecht und in der Geschlechterfrage.

Ganz anders die Politikwissenschaftlerin Ulrike Ackermann in ihrem Buch „Eros der Freiheit“ (2008). Sie plädiert darin, so der Untertitel, für eine „radikale Aufklärung“, einen erneuten oder fortgesetzten Versuch, die Freiheitsspielräume der Menschen weiter auszubauen – gegen eine paternalistische staatliche Risikominimierung. Der Wohlfahrtsstaat in Westeuropa sei finanziell an seine Grenzen gelangt. Es überwiege die Angst vor Veränderung, Innovation und Flexibilisierung. Die Bürger sollten den Sozial- und Wohlfahrtsstaat hinter sich lassen und sich dem „Eros der Freiheit“ hingeben, das heißt Eigenverantwortung, Risikobereitschaft, Selbsttätigkeit und Gestaltungswille. Ohne die damit verbundene Unsicherheit und Ungebundenheit sei die Freiheit für die Autorin unvollständig – als Quelle von Fantasie und Kreativität.

Viele Wissenschaftler beschäftigen sich mit der Frage, warum so viele Menschen den extremistischen Ideologien folgen und deren Vertretern in weitgehend demokratischen Prozessen die Mehrheit verschaffen. Journalisten und Politologen suchen die Ursachen für Einstellungen, die zu linken oder rechten Regierungen führen, in den Lebensumständen der Wähler. Auch aus diesem Milieu rekrutieren sich die Wähler, aber nicht nur. Es war nicht nur die weiße, abgehängte Minderheit, die Donald Trump zur Mehrheit verhalf. Eine Mehrheit der Mittelklasse stimmte in Großbritannien für den Austritt aus der Europäischen Union. Über die Hälfte der Trump-Wähler verdiente überdurchschnittlich. Auch die Wählerinnen zeigten sich mehrheitlich angetan von einem Kandidaten Trump, der ein Dutzend Mal der Vergewaltigung und des sexuellen Übergriffs beschuldigt wurde.

Neben den wirtschaftlichen Faktoren muss es auch persönliche Gründe geben, warum viele Menschen Ideologien folgen, deren Schattenseiten für Außenstehende offensichtlich auf der Hand liegen. Andere hingegen sind gegen halbseidene Versprechen weitgehend immun. Philosophen und Psychologen sind sich einig, dass kritikwürdige Ideologien auf verschiedene Charaktere unterschiedliche Anziehungskraft ausüben. Man kann sogar postulieren, dass eine Neigung zu bestimmten politischen Einstellungen angeboren ist. Darauf weisen große Studien mit Zwillingspaaren hin. Eineiige Zwillinge weisen größere politische Übereinstimmungen auf als zweieiige (Klein, 2025).

Die ausführlichen Studien, unter anderem von der Neurowissenschaftlerin Leor Zmigrod von der Universität Cambridge, sind zu detailliert und umfangreich, als dass sie hier dargestellt werden könnten. Zmigrod gilt als Begründerin eines neuen Faches, der politischen Neurobiologie (Zmigrod, 2025). Hier nur ein paar Andeutungen: Wessen Gehirn ein paar Millisekunden langsamer reagiert als der Durchschnitt, neigt zum Dogmatismus. Wer nur bei klar erkennbaren Mustern ein Urteil abgibt und sich ansonsten zurückhält, hängt eher konservativen Haltungen an. Wer langsam und auch bei unklaren Mustern dennoch entscheidet, denkt auffallend oft autoritär. Der Unwille zur Veränderung und die Empfänglichkeit für Ideologien wurzeln tief im Gehirn. Das ist eine ernüchternde Erkenntnis für alle, die davon ausgehen, dass sich in Demokratien (und auch im Alltagsle-

ben) gültige Argumente durchsetzen. Weltbilder, die das Handeln bestimmen, folgen nur zum Teil triftigen Argumenten. Entscheidend ist die kognitive Flexibilität. Je schwerer es jemandem fällt, sich auf Neues einzustellen, umso weniger ist er imstande, die eigenen Ansichten zu hinterfragen. Sobald Menschen eine Bedrohung wahrnehmen oder auch nur befürchten, sind sie empfänglich für Weltbilder, die Sicherheit bieten. Unsicherheit und Stress begünstigen vorschnelle Urteile, die schwer zu korrigieren sind. Das kann über Verschwörungserzählungen bis hin zur Paranoia gehen. Empfohlen wird, mit solchen Menschen zu trainieren, die Anschauungsseite zu wechseln. Aber gerade das ist politisch extrem denkenden Menschen fast unmöglich. Sie müssten ihre politische Haltung überdenken, was sie existenziell verunsichert. So wird peinlich vermieden, sich mit ungewohnten oder entgegengesetzten Positionen auseinanderzusetzen.

## Vorteile des Liberalismus

In dieser Gemengelage scheint es unmöglich, die Kritik am Liberalismus in nur zwei oder drei Punkten zusammenzufassen, um sich auf diese zu konzentrieren und Verteidigungsmaßnahmen zu entwerfen. Tatsächlich ist es so, dass es an allen Ecken brennt und es an kaum einer Stelle klar ist, wie am besten zu löschen sei. Viele Argumente gegen die liberale Demokratie gehen an den Tatsachen vorbei, sind polemisch überhöht oder in böswilliger Absicht verzerrt.

Lässt man diese geballte Ladung an Vorbehalten, Kritik, Hass und Verachtung auf sich wirken, kann einem freiheitsliebenden Menschen Angst und Bange werden. Umzingelt von hemmungslosen Feinden, ist die freiheitliche Lebensweise an vielen Stellen bedroht, auch in der Bundesrepublik. Die Widersacher der Demokratie kennen keine Skrupel, um mit falschen Versprechungen, Fake News, Beleidigungen, Drohungen und Sabotage ihre Ziele durchzusetzen. Alle US-Amerikaner, die Fernsehen sahen und Zeitungen lasen, wussten, was für ein Demokratieverächter Donald Trump ist. Trotzdem gewann er die Wahlen 2024. Was ist so attraktiv am Autoritarismus? Unter anderem heißt es, er greife einige vernachlässigte Sorgen unterprivilegierter Milieus auf. Wer autoritär wählt, sei zuvor durch eine Zeit der Angst, der manipulierten Nachrichten, der Propaganda und der systematischen Behinderung demokratischer Kräfte hindurchgegangen. Ein Trommelfeuer von Verschwörungserzählungen, Falschnachrichten, unhaltbaren Zusagen und Verächtlichmachung des Gegners verwirrt schwache Menschen und macht sie kopflos. Ihr historisches Gedächtnis reicht nicht aus, um sich das Ende einer solchen Kampagne vorzustellen. Aber sie können nur enttäuscht werden.

Was hat der Liberalismus falsch gemacht? Schauen wir uns die Argumente an.

Autoritäre Regime empfinden den Liberalismus als Bedrohung. Die liberalen Menschenrechte entfalten nach wie vor eine starke Anziehungskraft. Sofern es in autoritären Regimes oppositionelle Bewegungen gibt, so orientieren sich diese in ihren Forderungen an der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen, nicht am Einparteiensystem Chinas oder Putins Diktatur. Autokratische Regime beruhen auf staatlicher Willkür und Korruption, die primär der herrschenden Clique zugutekommen. Die USA, die älteste Demokratie der Welt, ist unter Präsident Trump auf dem direkten Weg dorthin. Befindet man sich in einer solchen Situation, erscheinen plötzlich das allgemeine, gleiche und freie Wahlrecht, das Verbot willkürlicher Verhaftungen und das Demonstrationsrecht als Verheißung. Herrscher mit autoritären Allüren wie der Ungar Orbán, der Österreicher Kickl, die Französin Le Pen bis zum Amerikaner Trump benennen zwar Fehlentwicklungen in den liberalen Demokratien. Aber ihr nationaler Autoritarismus lähmt die Gesellschaften, schließt gegnerische Kräfte aus oder eliminiert sie und unterwandert unabhängige Gerichte. Wer, wenn er seinen Aufenthaltsort frei wählen könnte, würde sich für Russland, China, Iran, Nordkorea oder das Westjordanland entscheiden? Der Unterschied zwischen der lebendigen und optimistischen Demokratie Israels und den im Islam gefangenen Autokratien in Ägypten, Iran, Irak, Somalia oder Syrien ist evident. Alexei Nawalny ist tot, Julian Assange ist frei – *das* ist der Unterschied.

Der Zusammenhang zwischen Globalisierung und sozialer Ungleichheit ist komplex und variiert je nach Region und Kontext. Einige Studien deuten darauf hin, dass in bestimmten Entwicklungsländern die Globalisierung zur Verringerung der Einkommensungleichheit beitragen kann, insbesondere durch ausländische Direktinvestitionen, die Arbeitsplätze schaffen und Technologie transferieren. Immer weniger Menschen hungern, trotz eines globalen Bevölkerungswachstums von über 70 Millionen jährlich. Die Lebenserwartung steigt. Hunderte von Millionen Menschen, vor allem in China, wurden aus der Armut herausgeholt. Maschinen übernehmen zunehmend schwere körperliche Arbeit. Niemand beschwert sich über preisgünstige Kleidung und Smartphones. Der weltweite Wettbewerb sorgt für die Senkung der Produktionskosten. Die Trennung der Sphären von Staat, Recht, Polizei, Politik, Medien, Religion, Gesellschaft und Privatheit war ein liberales Projekt und hat sich in modernen westlichen Staaten im Prinzip erfolgreich durchgesetzt. Sofern Länder des „globalen Südens“ liberale Prinzipien wie die Gewaltenteilung, das Gewaltmonopol des Staates und die Förderung von Frauen übernommen haben, konnten sie ihren Wohlstand und ihre Stabilität verbessern.

2025 erschien zum dreizehnten Mal der World Happiness Report; er bietet einen Überblick darüber, wo die Menschen auf der Welt am glücklichsten mit ihrem Leben sind. Die skandinavischen Länder – an erster Stelle Finnland – führen auch in diesem Jahr erneut das Ranking an. Es sind Demokratien. Die unglücklichsten Länder haben autokratische oder diktatorische Regierungen. Dass die Finnen so glücklich sind, hat

dem Bericht zufolge vor allem mit dem gegenseitigen Vertrauen zu tun, das sie sich untereinander und auch den Behörden, der Polizei und der Justiz gegenüber entgegenbringen. Die Zufriedenheit scheint nicht primär am Wohlstandsniveau zu liegen, sondern am inneren Zusammenhalt der dort lebenden Menschen, am gegenseitigen Wohlwollen. Weiterhin bringen die Einwohner Finnlands eine gewisse Grundzufriedenheit mit. Das Land ist sicher und stabil. In Finnland ist die Korruption sehr gering und das Land gleichzeitig sozial fortschrittlich. Man könne seine Entscheidungen frei treffen und sei stets abgesichert. Im Grunde trifft dieser Befund auch auf die Bundesrepublik zu. Und doch erscheinen Jahr um Jahr Dutzende von Büchern über den Niedergang des Landes, und die Zeitungen sind voll von negativen Nachrichten<sup>2</sup>. Es scheint, als gebe es eine Lust, das Land schlechtzureden.

Laut dem Transformationsindex 2024 der Bertelsmann-Stiftung werden von den 137 untersuchten Entwicklungs- und Schwellenländern 63 als Demokratien und 74 als Autokratien eingestuft. Diese Entwicklung markiert bedauerlicherweise den tiefsten Stand der Demokratiequalität in den letzten zwei Jahrzehnten. Der Demokratieindex 2023 der Economist Intelligence Unit (EIU) liefert weitere Einblicke: Demnach leben etwa 45,4 % der Weltbevölkerung in einer Form von Demokratie, wobei nur 7,8 % in „vollständigen Demokratien“ leben. In diesem Index werden 24 Länder als vollständige Demokratien eingestuft, darunter Deutschland. Starke autoritäre Kräfte versuchen, Deutschland aus dieser Gruppe herauszubrechen. Die „Alternative für Deutschland“ möchte aus der NATO und der Europäischen Union aussteigen und die „Deutsche Mark“ wieder einführen. Die Zahl der Demokratien nimmt ab, während autokratische Regierungsformen zunehmen. Diese Entwicklung unterstreicht die Notwendigkeit, die Prinzipien der Demokratie zu stärken und zu verteidigen.

Aber es gibt auch gute Nachrichten. Die baltischen Staaten haben sich seit dem Jahr 2000 in allen drei Dimensionen der Demokratiematrix (Lebensqualität, Regierungsführung und Demokratiequalität) signifikant verbessert. Bei der Lebensqualität liegen die zehn Länder mit den größten Verbesserungen alle auf dem afrikanischen Kontinent, da-

- 
- 2 Schlagzeilen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 18. September 2024:  
„Käufliche Schweizer Demokratie“ (*Verdacht* auf Wahlfälschung);  
„Bundesfinanzminister warnt vor ‚Kernschmelze‘ in der Autoindustrie“ (Elektroautos verkaufen sich nicht so gut);  
„Bildung darf nicht käuflich sein“ (Privatschulen kosten Geld);  
„Einstürzende Brücken und kein Geld: Verrottet Deutschland?“ (in Dresden war *eine* Brücke eingestürzt)  
„Falschdiagnosen durch Ärzte trifft fast jeden im Leben“ (eine dramatische Überspitzung der simplen Tatsache, dass Ärzte Menschen sind und Menschen auch mal Fehler machen);  
„Dutzende Millionen Tote“ (durch Antibiotikaresistenz. Beruht auf einer nicht belegten Prognose der WHO und bezieht sich kumuliert auf die nächsten 15 Jahre).

runter Kenia, Äthiopien und Uganda. In Bezug auf gute Regierungsführung gehören Tunesien, Gambia und Kenia zu den Top-Ten-Ländern mit den stärksten Verbesserungen. Afrika ist die einzige Region, in der sich die Indikatoren zur Messung von Demokratie signifikant verbessert haben. Spiegelbildlich zur positiven Entwicklung Afrikas weisen die USA deutliche Rückschritte auf. Die USA liegen immer noch in vielen Kategorien an erster Stelle, aber der Trend zeigt nach unten. (Hertie School, 2022)

Europa gehört insgesamt zu den bestplatzierten Regionen weltweit, wobei Deutschland häufig in der Spitzengruppe rangiert. In allen drei untersuchten Dimensionen des Index steht Deutschland unter den Top fünf von allen 134 berücksichtigten Ländern (Stand 2019): Die Lebensqualität hierzulande rangiert an vierter Stelle, ebenso gut schneidet Deutschland bei der Regierungsführung ab. Die Demokratiequalität hierzulande ist laut Index fast Weltspitze und wird nur von Dänemark übertroffen. „Die teils lautstarke Kritik an unserer Demokratie ist deutlich übertrieben. Kaum ein Land erfüllt aktuell so mustergültig demokratische Standards wie die Bundesrepublik“, schreiben die Autoren des Berggruen Governance Index (ebd.).

Die Türkei und Russland stehen als Beispiele dafür, wie anfängliche Demokratieprinzipien zugunsten eines überwachenden Staatsapparates wieder zurückgedrängt wurden. Ab einer gewissen Autokratiestufe fehlen der Regierung wichtige Informationen und Signale aus der Bevölkerung, sodass eine Entkopplung von Staat und Gesellschaft stattfindet, die zu Stagnation und Instabilität führt. Die Instabilität Irans ist ein Beispiel dafür, wie ein autokratisches System demokratische Stimmen unterdrückt, die sich beispielsweise für mehr Frauenrechte einsetzen. Es entstehen Frustration und Anspannung, die sich in gewalttätigen Protesten oder politischer Apathie entladen.

Libérale Demokratien sind beliebt und erfolgreich. Wer in einer Autokratie lebt, wünscht sich ein Leben wie in einer liberalen Demokratie. Es sieht nicht so aus, als hätte der Liberalismus als politische und ökonomische Organisationsform viel falsch gemacht. Vielmehr begehen autokratische und diktatorische Regime fundamentale Fehler zum Schaden ihrer Bewohner. Warum fällt das nicht auf? Dafür gibt es einige Gründe, zwei möchte ich nennen. Ein Grund sind Tradition und Herkommen. Man war bislang nicht an eine soziale Marktwirtschaft gewöhnt und kann sich einen Wechsel oder eine Transformation nicht vorstellen. Es ist ein bekanntes psychologisches Gesetz, dass am bekannten Schlechten festgehalten wird, weil das unbekannt Neue oftmals Misstrauen und Angst hervorruft. Warum sollte, psychologisch gesprochen, eine vertraute Sicherheit aufgegeben werden, zugunsten einer riskanten Freiheit? Wer geht schon gerne das Risiko eines Scheiterns ein?

Die Neigung des Individuums, sich totalitären Gemeinschaften zu unterwerfen, ist seit jeher ebenso stark wie der Drang, sich ihrer zu entledigen oder ihnen zu entfliehen. Über längere Zeiten betrachtet existierte beides immer nebeneinander: die Verführung

durch Autokratien und die Freiheitssehnsucht. Es gibt keinen einheitlichen Prozess, keinen Gleichklang in der Entwicklung. Weil diese simple Tatsache nicht gesehen wird, werden die noch nicht geschlossenen Lücken des Liberalismus als Kritikpunkt herangezogen. Es ist nicht die gesamte Menschheit, die von den Segnungen des ökonomischen Liberalismus profitiert, heißt es dann. Dabei gibt es keine Wirtschafts- und Regierungsform, die erfolgreicher ist.

„Die Verbindung zwischen klassischem Liberalismus und Wirtschaftswachstum ist keineswegs trivial. Zwischen 1800 und heute nahm die Wirtschaftsleistung pro Kopf in der liberalen Welt um fast 3000 Prozent zu. Diese Zuwächse machten sich auf allen Sprossen der ökonomischen Leiter bemerkbar – auch der einfache Arbeiter konnte nun bessere Gesundheit und Langlebigkeit genießen sowie ein Konsumniveau, das in früheren Zeiten nicht einmal von den privilegierten Eliten erreicht werden konnte.“ (Fukuyama, 2022, S. 27)

Der zweite gewichtige Grund, warum der Liberalismus unter Druck gerät, sind die Manipulations- und Unterdrückungsapparate autokratischer Herrscher, die eine freie Information und ebensolche Meinungsbildung erst gar nicht aufkommen lassen. Ein liberaler Prozess der Verbesserung der Staatsverfassung und des Regierungsapparats wird von vornherein nachhaltig blockiert. Es sind nicht die liberalen Demokratien, die sich entschuldigen müssen; die Despoten haben sich zu rechtfertigen.

Liberalismus gilt seit der Aufklärung als das erfolgreichste politische Konzept zur Sicherung von individueller Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Wohlstand und gesellschaftlicher Pluralität. Eines der zentralen Argumente für den Liberalismus ist seine konsequente Ausrichtung am Schutz individueller Rechte – unabhängig von Herkunft, Religion oder Weltanschauung. In liberalen Ordnungen ist das Individuum Träger unveräußerlicher Rechte: auf Leben, Freiheit, Eigentum, Meinungsäußerung, Religionsfreiheit und Schutz vor staatlicher Willkür. Diese Rechte bilden die Grundlage für eine offene, rechtsstaatlich verfasste Gesellschaft, in der nicht die Zugehörigkeit zu einer Gruppe, sondern die Würde des Einzelnen und sein Können zählen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik garantiert diese Rechte ausdrücklich und schützt sie vor staatlichen Angriffen.

Liberalismus ist mehr als alle anderen Regierungsformen fähig zur friedlichen Konfliktlösung in pluralistischen Gesellschaften. Vielfalt wird grundsätzlich nicht als Bedrohung aufgefasst, sondern als Ausdruck legitimer Unterschiedlichkeit anerkannt. Während andere Ordnungsmodelle Homogenität und Unterwerfung erzwingen wollen, akzeptiert der Liberalismus den gesellschaftlichen Streit als Normalzustand – unter den Bedingungen von Respekt, Toleranz, Rechtsgleichheit und institutionellen Verfahren. In liberalen Ordnungen können Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen, Über-

zeugungen und kulturellen Hintergründen friedlich koexistieren, weil nicht ein einziges „richtiges Leben“ vorgeschrieben wird. Durch Gewaltenteilung, freie Wahlen, unabhängige Justiz und Meinungsvielfalt bietet der liberale Staat Kanäle für politische Teilhabe und schützt Minderheiten vor der Tyrannei der Mehrheit. Gerade in einer globalisierten Welt mit vielfältigen kulturellen Identitäten ist dies ein entscheidender Vorteil: Der Liberalismus erlaubt Differenz, ohne sie gewaltsam auflösen zu wollen.

Der Liberalismus schützt nicht nur politische Freiheitsrechte, sondern begünstigt auch soziale Mobilität, Schichtendurchlässigkeit, Kreativität und ökonomischen Fortschritt – Faktoren, die viele westliche Demokratien über Jahrzehnte hinweg zu wohlhabenden und innovativen Gesellschaften gemacht haben. Ökonomisch hat der Liberalismus viel für sich. In seiner marktwirtschaftlichen Ausprägung fördert er Wohlstand durch Wettbewerb, Innovation und Eigenverantwortung, während er zugleich rechtliche Rahmenbedingungen setzt, um Ausbeutung, Monopole und soziale Verwerfungen zu begrenzen. Die historische Bilanz ist eindrucksvoll: In liberalen Demokratien mit marktwirtschaftlicher Ordnung sind Lebensstandard, Bildung, Gesundheit und politische Stabilität im internationalen Vergleich besonders hoch. Zugleich ist der Liberalismus offen für Korrekturen, er ist keine starre Ideologie und ist politisch lernfähig. Stillstand ist nicht vorgesehen.

Hinzu kommt seine ethische Zurückhaltung, die kein bestimmtes Menschenbild erzwingt, sondern Pluralität ermöglicht. Der Liberalismus erhebt keinen Anspruch auf metaphysische Wahrheit, sondern vertraut auf Verfahren, die faire Entscheidungsprozesse ermöglichen: Parlamente, Gerichte, freie Medien und Zugang zur Öffentlichkeit. Institutionen garantieren, dass Macht kontrolliert, Kritik möglich und politische Verantwortung eingefordert werden kann. Gerade in einer Welt zunehmender Komplexität und kultureller Diversität erweist sich diese Offenheit als Stärke: Sie erlaubt es liberalen Gesellschaften, auf Krisen flexibel zu reagieren, ohne in autoritäre Muster zu verfallen.

Nicht zuletzt beruht der Liberalismus auf einem humanistischen Menschenbild: Der Mensch gilt als vernunftbegabtes, moralisch verantwortliches und freiheitsfähiges Wesen – zumindest im Prinzip. Diese etwas idealistische Annahme ist der normative Kern der liberalen Ordnung – und auch ihr moralisches Versprechen: dass eine gerechte Gesellschaft nicht auf Zwang und Kollektivismus, sondern auf Einsicht, freie Meinungsäußerung und rechtlich gesicherte Fairness aufbauen kann. (Wirsching, 2012; Fawcett, 2018)

Eine grundsätzliche Kritik oder gar Ablehnung des Liberalismus ist aus historischer und politischer Perspektive nicht nur fehlgehend, sondern auch gefährlich. Denn er ist nicht starr oder ideologisch abgeschlossen, sondern gerade darauf angelegt, mit Herausforderungen umzugehen: durch Debatte, Reform und institutionelle Anpassung. Seine größte Stärke liegt in seiner Offenheit zur Selbstkorrektur. Die Tatsache, dass es in libe-

ralen Demokratien überhaupt möglich ist, Probleme öffentlich zu benennen, Mehrheiten zu mobilisieren und politische Veränderungen herbeizuführen, ist kein Zeichen von Schwäche, sondern Beleg ihrer Überlegenheit. Die oft berechtigte Kritik an einzelnen Entwicklungen oder Entscheidungen entwertet nicht das Prinzip.

Kann man das Leben der Menschen noch weiter verbessern und zugleich die Umweltauswirkungen reduzieren? Wie könnten Liberale den sozialen und technischen Fortschritt gestalten? Aus einer aufgeklärten Perspektive heraus lassen sich Problemlösungen erkennen. Wir haben das Waldsterben, das Ozonloch und den sauren Regen überlebt bzw. zum Verschwinden gebracht. Der Ausstoß von Substanzen, welche die Ozonschicht zerstören, wurde weltweit um 99 % reduziert. Der Ausstoß von Schwefeldioxid, das sauren Regen verursacht, wurde um 80 bis 90 % verringert, in Deutschland um mehr als 95 %. Das betont Hannah Ritchie, Wissenschaftlerin im Programm für globale Entwicklung der Universität Oxford. Sie ist Autorin des Buches „Hoffnung für Verzweifelte. Wie wir als erste Generation die Erde zu einem besseren Ort machen“ (2024). Die Luft- und Wasserverschmutzung geht weltweit zurück. Smog in Städten wie London gehört einer fernen Vergangenheit an. In Deutschland ist die Emission gefährlicher Schadstoffe wie Stickoxide seit 1990 um 60 % zurückgegangen. China hat große Fortschritte beim Kampf gegen Luftverschmutzung erzielt, was die Lebenserwartung der Bewohner von Städten um Jahre verlängert. Bei Treibhausgasemissionen ist aber nur eine Verlangsamung des exorbitanten Anstiegs zu verzeichnen, kein Rückgang. In den meisten vermögenden Ländern geht hingegen der Ausstoß zurück. Nur reicht das alles nicht. Die Emissionen dürfen nicht nur nicht mehr steigen, sie müssen dramatisch sinken. Regenwald wird weiter abgeholzt, Arten sterben weiterhin aus. Aber die Entwicklung geht in die richtige Richtung, meint Ritchie. Auch sie hängt dem Glauben an, dass dieser Wandel ohne Wohlstandsverlust über die Bühne gehen kann.

In all diesen Bereichen zeigt sich: Der Liberalismus ist kein abgeschlossenes Modell, sondern ein dynamisches Projekt. Seine Grundprinzipien – Freiheit, Rechtsstaat, Pluralität, Menschenwürde – sind nicht überholt, sondern weiterhin aktuell. Die Lösung besteht nicht in der Abkehr vom Liberalismus, sondern in seiner selbstbewussten Fortsetzung.

## Missverstandener Liberalismus

Das Grundmissverständnis mit dem Liberalismus besteht darin, dass er in allem perfekt zu sein habe, sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart. Die Verfassung der Vereinigten Staaten gilt als liberal, aber sie gewährte den Afroamerikanern weder die Bürgerrechte noch das Stimmrecht, ein Zustand, der bis zur Bürgerrechtsbewegung der

1960er Jahre bestehen blieb. Bis zur Verabschiedung des 19. Zusatzartikels im Jahr 1919 wurde auch den Frauen das Stimmrecht verwehrt. Auch die europäischen Demokratien gewährten das Wahlrecht für unterschiedslos alle Erwachsenen nur zögernd. Aber was ist von dem Vorwurf zu halten, der Liberalismus sei nicht vollumfänglich und nicht in allen Staaten schlagartig umgesetzt worden? Die zugrundeliegende Forderung ist absurd hoch. Wenn es eine politische Ideologie gab, die Gleichheit und Freiheit auf breiter Front durchsetzte, dann die liberalen Demokratien. Es wird eine Perfektion des Liberalismus eingefordert, die nicht realistisch ist.

Aber Gesellschaften sind nicht perfekt; sie sind ebenso wenig vor Irrtümern gefeit wie jedes Individuum. Der Vorteil des Liberalismus besteht ja eben gerade darin, relativ flexibel auf allfällige Veränderungen reagieren zu können. Das dauert vielen Menschen zu lange, aber wenn viele mitreden dürfen, verzögern sich zwangsläufig Entscheidungen. Es scheint vielen nicht geläufig zu sein, dass Menschen widersprüchlich und unperfekt sind. Sie sind in allem fehleranfällig, leicht erregbar und rechthaberisch. Sie sind leicht manipulierbar und dünken sich schlau. Sie kreisen vornehmlich um sich und halten sich für den Nabel der Welt. Sigmund Freud zerstörte die Illusion der Aufklärung, der inneren Natur des Menschen gänzlich und ohne Rest mit den Mitteln der Vernunft Herr werden zu können.

Was viele Bürger nicht verstehen, ist ein weiteres soziales Gesetz, welches lautet: Gleichheit vor dem Gesetz schafft zwangsläufig Ungleichheit. Rechtssicherheit schafft Entfaltungsspielraum, den jeder auf seine Weise nutzen kann. Biografien divergieren auf Dauer zwangsläufig. Differenzierung ist eine gesellschaftlich produktive Kraft, die nicht nur die naturgegebene Ungleichverteilung von Talent und Tatkraft ans Licht bringt, sondern auch zur ungleichen Verteilung von Vermögen führt, was viele dazu veranlasst, nach Korrekturen zu rufen. Viele Menschen wollen ungleich sein und gleich behandelt werden – zur gleichen Zeit. Was man ihnen vorwerfen kann, ist, dass sie diesen Widerspruch, der sich nicht nur durch die Gesellschaft, sondern durch die Individuen selbst hindurchziehen kann, nicht sehen.

Der Ruf nach Begrenzung und Regeln entspringt nicht nur der Furcht vor der Freiheit, wie unter anderem Erich Fromm meinte, sondern ist zugleich Ausdruck der Furcht vor regelloser Selbstverwirklichung. Der Individualismus kann in Egoismus umschlagen (Tschuschke, 2023). Das hemmungslose Spekulieren an den Börsen ist eklatantes Beispiel. Es gibt eine selbstzerstörerische Kraft des Freiheitsstrebens, welche eine Bindungslosigkeit ist, die die Rückkopplung zum sozialen Leben verloren hat. Joachim Fest hat dies in seinem Buch „Die schwierige Freiheit. Über die offene Flanke der offenen Gesellschaft“ (1993) als innere Gefährdung des liberalen Staates benannt.

Die liberale Gesellschaft darf gar nicht so freisinnig und tolerant sein, wie man von ihr allgemein vermutet und erwartet. Sie kann nur existieren in einer gewissen Selbstbeschränkung der Bürger und in einer autoritären Verteidigung der Freiheit.

„Denn zuletzt gründen die freien Gesellschaften auf einer Reihe von Voraussetzungen, die streng genommen gegen die menschliche Natur gerichtet sind: auf einem System der Instinktverleugnung und Selbstverbote, der zivilisierenden Regeln und der Normen, auf der Duldung und sogar Privilegierung von Minderheiten, dem Recht des Schwächeren, auch des Fremden und Nichtzugehörigen, sowie auf immer neuen Anstrengungen, die nicht von äußeren Notwendigkeiten erzwungen sind, sondern der allzeit unterlegenen Stimme der Einsicht folgen.“ (Fest, 1993, S. 71)

Fest zielt damit auf zweierlei ab: einerseits auf die hohen persönlichen Anforderungen an die Bewohner eines liberalen Staates, die mit Sicherheit nur von einem kleineren Teil übernommen und erfüllt werden können, andererseits auf das matte Minimalprogramm der offenen Gesellschaft: immer wieder daran zu arbeiten, dass die Menschen friedlich miteinander leben können.

Die aufklärerische Moderne bedeutet einerseits einen ungeheuren Zugewinn an individueller Freiheit, zugleich aber ist der Einzelne in weitaus stärkerem Maße auf sich selbst gestellt, mit der Herausforderung, seines Glückes Schmied zu sein. Wächst die Freiheit, selbst entscheiden zu können, so auch der Zwang, selbst entscheiden zu *müssen*. Er ist deshalb oft geneigt, die Zumutung der Freiheit und der Selbstverantwortung zurückzuweisen. Die moderne Gesellschaft bietet Sicherheiten in noch nie bekanntem Ausmaß, und dennoch ist jeder immer wieder mit Situationen konfrontiert, die aus dem normalen Leben herausfallen, ebenso wie aus den sozialen Auffangmechanismen. Dann ist die Enttäuschung groß. Das Individuum bleibt weiterhin Teil seiner Gesellschaft und wird weiterhin mit enttäuschter Liebe, Neid, Angst und Aggression zu tun haben – bei sich und bei anderen. Der liberale Staat verzichtet bewusst auf sinnstiftende Handlungsanweisungen und Wegbeschreibungen zum Glück. Er bleibt ethisch neutral. Darin liegen seine Stärke und paradoxerweise auch seine Schwäche. Denn er nimmt in Kauf, dass ein Vakuum entstehen kann, das er nicht mit Sinn und Moral auffüllt. Aber warum sollte er das? Es gibt in einem freiheitlichen Staat auf dem Markt genügend sinnstiftende Angebote. Es liegt auf der Hand, dass diese Angebote nicht immer vernünftig und seriös sind. Sich dafür oder dagegen zu entscheiden, liegt in der Freiheit der Menschen.

Natürlich gibt es ernstzunehmende Herausforderungen – aber sie fordern nicht das Ende des Liberalismus, sondern dessen Fortsetzung und Weiterentwicklung. Migration stellt liberale Demokratien vor die Aufgabe, Menschen aus bekannten wie fremden Kulturen zu integrieren. Das setzt Sprach- und Berufskennntnisse der Einwanderer zwingend voraus. Hier zeigt der Liberalismus seine Integrationskraft: Durch Sprachkurse, Bildungsangebote, politische Teilhabe und wirtschaftliche Freiheit können Menschen aus unterschiedlichen Kulturen Teil der Gesellschaft werden. Der liberale Staat darf

und muss ein Bekenntnis zum neuen Heimatland verlangen. Die liberale Ordnung setzt nicht auf ethnische Homogenität, sondern auf gemeinsame Regeln.

In der Klimakrise zeichnet sich keine konsistente liberale Haltung ab. Wer von Klimakatastrophe und dem Untergang der Menschheit spricht, muss den Konsum drosseln, eine für Liberale unannehmbare Vorstellung. Freiheit zeigt sich auch im Konsum. Andererseits: Die Atmosphäre, von der unser Leben abhängt, ist in großer Gefahr. Das ist das Ergebnis der Fakten aus dem 6. Sachstandsbericht des Weltklimarats IPCC. Niemand weiß so richtig, wie dieser Gefahr begegnet werden soll. Deutschland gibt zwar sehr viel für Klimaschutz aus, diese Anstrengung ist aber global gesehen irrelevant. Man sollte sich von der Illusion verabschieden, dass die weitere Klimaerwärmung noch aufzuhalten ist. Während Deutschland, welches ungefähr 4 % des globalen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes beiträgt, seinen Anteil in den vergangenen Jahren langsam, aber stetig senkt, explodiert der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in China. Selbst wenn Deutschland von heute auf morgen aufhören würde, zu produzieren und zu konsumieren, hätte das nicht den geringsten Einfluss auf das Weltklima. Die Ausgaben für eine CO<sub>2</sub>-Reduktion müssen deshalb begrenzt werden. Deutschland hat versucht, international Vorreiter im Klimaschutz zu sein, doch weder andere Staaten noch die eigene Bevölkerung wollen diesem Vorhaben folgen. Die meisten Menschen sind keine Klimaleugner, aber sie verhalten sich wie solche (Foer, 2019). Bis auf Weiteres kann individuelle Freiheit nicht mit ökologischer Verantwortung in Einklang gebracht werden.

Nicht diskutiert werden die möglichen Vorteile einer Klimaerwärmung. Man bräuchte etwa weniger Heizenergie, und viele Landstriche könnten durch ein wärmeres Klima höhere Ernteerträge erzielen. Die Molekularbiologin Nana-Maria Grüning fordert von der Politik, sie müsse den Bürgern „ehrlich erklären“, was es mit dem Klimawandel auf sich hat. Die ehrliche Erklärung wäre: Er ist nicht aufzuhalten, weder mit neuen Technologien noch mit allem Geld der Welt. (Shokri, 2024) In Deutschland und Mitteleuropa ist ein Klimawandel nicht spürbar. Wie sollen Jahresmitteltemperaturen und Niederschläge „seit Beginn der Aufzeichnungen“ sinnlich erfahrbar gemacht werden? Selbst die Grünen verbreiten hartnäckig die Illusion, dass der ihrer Ansicht nach radikal notwendige Klimaschutz ohne Verzicht zu bewerkstelligen sei. Was könnten Menschen mit Mehrausgaben in Wärmedämmung und Elektromobilität gewinnen? Nicht mehr als ein gutes Gewissen. Deutschland und die Grünen sind auf den Weltklimakonferenzen in der Minderheit.

Laut IPCC müssten die Emissionen weltweit bis 2030 halbiert werden, um das Ziel von plus 1,5 °C, gemessen an vorindustriellen Zeiten, einzuhalten. Dies ist, das gehört zur Ehrlichkeit dazu, nur zu schaffen, wenn die Menschheit augenblicklich aufhört, zu emittieren. Das sagt der Klimaforscher Stefan Rahmstorf (Shokri, 2024). Das ist schlicht und ergreifend unmöglich und undenkbar. Angeblich gab es im Sommer 2023 rund 50 000

zusätzliche Hitzetote in Europa. Gemessen an der Gesamtzahl der Verstorbenen ist das nicht viel, und die Daten sind unzuverlässig. Vielleicht schauen die Menschen diesem Mega-Problem auch deswegen nicht ins Auge, weil es alle menschlichen Kategorien und Gewohnheiten übersteigt. Der Liberalismus hat – wie alle anderen – keine praktikable Lösung zu bieten. Fridays for Future und andere Organisationen erschöpfen sich in medienwirksamer Empörung. Das Gefühl greift um sich, dass es nicht gelingen wird, Klimawandel, Luftverschmutzung, Überfischung, Entwaldung, Artensterben und Übervölkerung in den Griff zu bekommen.

Über ein anderes Paradox wird ebenfalls nicht gesprochen. Der Fortschritt der Menschheit in den vergangenen 150 Jahren beruhte auf fossiler Energie. Was es auch immer im Einzelnen für Fortschritt gab, es läuft darauf hinaus, dass sich die Lebenserwartung der Menschen in den vergangenen 200 Jahren verdoppelt hat. Die Zahl der Todesopfer durch Naturkatastrophen ist gesunken, die meisten Kinder sind geimpft und gehen zur Schule, und es wird ausreichend Nahrung produziert, sofern sie friedlich verteilt werden kann. Natürlich gibt es immer noch Ungleichheit und vermeidbare Tragödien. Aber daran ist nicht der Liberalismus schuld, vielmehr hat er durch seine Vernunft erheblichen Anteil an den globalen Verbesserungen. In den meisten Ländern der Welt, auch den ärmsten, entwickeln sich die Dinge zum Guten. Das Gewicht jener Toten, die durch Luftverschmutzung oder angeblich durch Hitze sterben, wiegt wenig im Vergleich zu den Abermillionen Menschenleben, die gerettet wurden, die jetzt konsumieren, produzieren, bauen und reisen und so das Klima ruinieren.

Aus liberaler Sicht sind die Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft und die Abwehr populistischen Extremismus keine Fragen grundsätzlicher Systemveränderung, sondern eine der Justierung liberaler Prinzipien unter veränderten Bedingungen. Die soziale Marktwirtschaft – ursprünglich als Synthese von wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Verantwortung entworfen – bleibt ein zentrales Modell liberaler Politik. Gleichzeitig hat die liberale Mitte erkannt, dass wirtschaftliche Verwerfungen, soziale Ungleichheit und Einwanderung aus fremden Kulturen – insbesondere aus islamischen Staaten – den Nährboden für Populismus bilden. Die Antwort darauf liegt nicht in Abschottung, sondern in neuen Instrumenten, um Migration zu begrenzen und im Interesse Deutschlands zu steuern.

Einflussreiche liberale Denker wie Ralf Dahrendorf oder Ludwig Erhard betonten, dass Märkte nur dann gerecht funktionieren, wenn der Staat Rahmenbedingungen schafft, in denen Zugangsgleichheit und sozialer Aufstieg möglich sind. Nach allgemeiner liberaler Auffassung sind die europäischen Volkswirtschaften überreguliert. Insbesondere die vielen Berichtspflichten und Sicherheitsbestimmungen sind hemmend. Gestrichen werden muss die Berichtspflicht des Lieferkettengesetzes und die nochmalige Verschärfung der Abgasnorm für Automobile. Elektromobilität soll sich nach den Wün-

schen der Verbraucher durchsetzen, nicht durch Subventionen. Es bleibt vordringliche staatliche Aufgabe, Schulbildung und Ausbildung qualitativ zu verbessern. Viele Schulexperimente wie die Inklusion und mangelnde Sprachkenntnisse von Zuwandererkindern haben das Niveau deutscher Schulabschlüsse gesenkt. Im internationalen Vergleich schneidet Deutschland nicht gut ab.

Konzepte wie der „Klimaliberalismus“, etwa von der Friedrich-Naumann-Stiftung oder dem liberalen Ökonomen Gerd Müller vorgetragen, zeigen, wie Umweltpolitik und marktwirtschaftliches Denken vereinbar sind: durch CO<sub>2</sub>-Bepreisung, Innovationsförderung, internationale Kooperation und marktorientierte Regulierungen, ohne Freiheitsrechte aufzugeben. Eine moderne liberale Ordnung will nicht staatlich durchregieren, sondern durch intelligente Anreize verantwortliches Handeln ermöglichen. Müller, von 2013 bis 2021 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, setzte sich für nachhaltige Entwicklung, Klimaschutz und die Förderung erneuerbarer Energien ein. Sein Ansatz betont die Bedeutung von Innovation, Technologie und internationalen Partnerschaften, um ökologische Nachhaltigkeit mit wirtschaftlichem Fortschritt zu vereinen.

Liberaler Vordenker wie Karl-Hermann Flach (ehem. FDP) oder der Philosoph Karl Popper haben betont, dass eine offene Gesellschaft ihren Feinden gegenüber nicht neutral bleiben darf. In jüngerer Zeit betonen der Harvard-Politologe Yascha Mounk („Der Zerfall der Demokratie“, 2018) oder Jan-Werner Müller („Was ist Populismus?“, 2016) die Notwendigkeit, liberale Demokratien wehrhaft, aber nicht autoritär zu machen. Sie fordern eine Rückbesinnung auf demokratische Teilhabe, Transparenz und soziale Integration – um den Vertrauensverlust in Institutionen zu bekämpfen, ohne in illiberale Reaktionen zu verfallen.

Derartige wohlmeinende Initiativen gehen in die Irre. Der liberale Staat wird freiheitsgefährdende Bewegungen autoritär eindämmen und eventuell verbieten müssen, will er selbst überleben. Ein solches Vorgehen ist mit den Prinzipien des Liberalismus vereinbar, gilt doch der Satz, dass ein toleranter Liberalismus nicht tolerant gegenüber Intoleranz bleiben darf. Aber genau dieser Eindruck drängt sich auf. Es ist noch kein Kraut gewachsen gegen die „Alternative für Deutschland“ oder den überbordenden Hass und die Manipulationen in den sozialen Netzwerken. Ein Verbot der Smartphone-Nutzung in Schulen stößt auf Vorbehalte, obwohl Pädagogen es empfehlen. Die Zögerer haben Angst, die Kinder von einem bedenklichen Experiment auszuschließen, dessen Ergebnisse bis jetzt nicht abzusehen sind. Und so zieht sich auch diese Debatte ohne Entscheidung hin.

Eine wehrhafte Demokratie *ist* autoritär. Anders wird sich die Demokratie nicht wirksam zur Wehr setzen können. Es bedarf keiner „Rückbesinnung auf demokratische Teilhabe, Transparenz und soziale Integration“, denn diese gab es früher kaum, in der

Neuzeit aber in zunehmendem Maße. Transparenz ist weitgehend durchgesetzt, man muss nur in der Lage sein, die vielfältigen Informationen zu finden, zu ordnen und zu verstehen. In der geistigen Aufnahmefähigkeit liegt die Grenze, nicht im technischen Zugang zu Informationen. Noch nie war es so einfach, Manipulationen, Fake News und Propaganda zu entlarven, und doch fallen immer mehr Menschen darauf rein. Sie wollen daran glauben!

Mit Verzicht auf strenge Maßnahmen wird Extremismus von links und rechts nicht einzudämmen sein. Liberale Autoren wie Rainer Hank (2015) wollen Extremismus nicht nur mit Verboten, sondern argumentativ begegnen – durch politische Bildung und Medienkompetenz. Der Liberalismus müsse ein positives Versprechen von Freiheit, Verantwortung und Zugehörigkeit bieten.

## „Stabile Krise“ des Liberalismus

Ganz verstanden ist es noch nicht, warum in gefestigten Demokratien die Bürger immer mehr Rechtspopulisten wählen. Selbst die aktuell simpelste Forderung, die nach weniger Einwanderung, ist bei näherem Hinsehen nicht so eindeutig. Wenn die Wähler Einwanderung so sehr ablehnen, warum sammeln Rechtspopulisten ihre Stimmen immer wieder ausgerechnet dort, wo es nur wenige Zuwanderer gibt? Und warum finden sie auch unter Zuwanderern Zustimmung? Und falls die Wähler Angst um ihre Einkommen haben, wie oft betont wird, warum wählen sie dann immer wieder Populisten, die zuverlässig die Volkswirtschaften ihrer Länder ruinieren?

Der Exzellenzcluster „Contestations of the Liberal Script“ (SCRIPTS) unter Leitung von Michael Zürn am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) untersucht die globalen Herausforderungen liberaler Demokratiemodelle. Im Zentrum steht die eben gestellte Frage, warum das „liberale Skript“ – das liberale Drehbuch, geprägt durch individuelle Freiheiten, Rechtsstaatlichkeit und offene Märkte – zunehmend infrage gestellt wird. Ein Schwerpunkt liegt auf der Beantwortung der Frage, warum populistische Parteien, die als zentrale Akteure dieser Infragestellungen gelten, solchen Zulauf haben. Autoritär-populistische Parteien haben in fast allen liberalen Demokratien in Westeuropa ein Wählerpotenzial von ca. 20 % der Stimmen. Viel wichtiger noch: Ein erheblicher Anteil der westlich geprägten Weltbevölkerung wird von autoritären Populisten regiert. Die bekanntesten Namen sind Bolsonaro, Modi, Erdoğan, Orbán, Kaczyński, Maduro, Putin und vor allem Donald Trump (Zürn, 2021).

Gängig ist die Meinung, dass populistische Parteien wegen der Globalisierung und neoliberaler Wirtschaftspolitik Zulauf erhalten. In westlichen Gesellschaften würde „die

Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgehen“. Ökonomische Entwicklungen schufen „Verlierergruppen“, die sich von etablierten Parteien nicht mehr repräsentiert fühlen. Populisten nutzen dies, indem sie sich als Stimme der „vergessenen Mehrheit“ inszenieren und einfache Lösungen für komplexe Probleme anbieten.

Nach Zürn trifft das Argument nicht den Kern. Denn es bleibt rätselhaft, wieso sich diese Gruppen an autoritär-populistische und nicht etwa an linke Parteien wenden, deren Markenkern der Kampf gegen reiche Eliten und der Ausbau des sozialen Netzes ist. Wieso sollten Wähler, die sich ökonomisch benachteiligt fühlen und mehr Einkommen und staatliche Unterstützung erwarten, für aggressive Steuersenker wie Silvio Berlusconi, Donald Trump oder Boris Johnson stimmen, die zudem zu den wirklich Wohlhabenden gehören? Weiterhin fällt auf, so Zürn weiter, dass die Niederlande, Österreich und Frankreich verhältnismäßig wenig mit „wachsender Ungleichheit“ zu tun haben. Schließlich bleibt aus sozioökonomischer Perspektive unklar, warum sich in Ländern, die zumindest zeitweise von der Globalisierung profitiert haben (Türkei, Indien), autoritäre politische Kräfte durchgesetzt haben.

Das ökonomische Argument allein kann also keine Erklärung liefern. Ein weiterer einflussreicher Faktor ist die Wahrnehmung kultureller Bedrohung, besonders durch Migration. Studien des Clusters zeigen Folgendes: In Ländern wie Deutschland verstärkte die Zuwanderung aus EU-Staaten nach der Osterweiterung anti-migrantische Haltungen – vor allem bei Personen mit materialistischen Werten oder geringer Bildung (Giesecke et al., 2022). Populistische Parteien instrumentalisieren diese Ängste, indem sie nationale Identität gegen „liberale Eliten“ und „fremde Einflüsse“ verteidigen. Gleichzeitig kritisieren sie internationale Institutionen wie die EU, die als Bedrohung nationaler Souveränität wahrgenommen werden. Gleichzeitig blieb die ökonomische Zufriedenheit relativ hoch.

Aber viele Menschen fühlen sich durch ihre Parlamente und Politiker nicht angemessen repräsentiert. Ihnen werde „nicht zugehört“. Die Wünsche derjenigen, die angeblich nicht gehört werden, bleiben allerdings vage. Wahrgenommen wird eine abgehobene politische Klasse in ihrer Blase. Was daran wahr ist, bleibt ebenfalls nebulös. Es könnte sich auch um ein Narrativ handeln, um eine mehr oder weniger erfundene Geschichte, die durch rechtspopulistische Parteien und ihre sozialen Echokammern bewusst befeuert wird, um Unzufriedenheit zu schüren. Real aber wurden in den vergangenen Jahrzehnten in beachtlichem Ausmaß Entscheidungskompetenzen von Parlamenten hin zu wenig repräsentativen Einrichtungen wie Zentralbanken, Verfassungsgerichten und internationalen Organisationen verlagert. Entscheidungen werden zunehmend von Institutionen getroffen, die weder dem Mehrheitsprinzip noch den Rechenschaftspflichten repräsentativer Gremien unterliegen. Hier lässt sich der Vorwurf der fehlenden Demokratie leicht anbringen. Dazu passt eigentlich nicht, dass Rechtspopulisten Demokratie-

verächter sind. Der Eindruck, sie würden von „der Politik“ nicht wirklich wahrgenommen, hat eine reale Grundlage. Die Zielscheibe der allermeisten autoritär-populistischen Kampagnen sind aber gar nicht bestimmte ökonomische, politische oder kulturelle Entscheidungen, Politiker oder Parteien, sondern das „System“, das sie hervorbringt.

Am stärksten wirkt offenbar das Gefühl der kulturellen Entmündigung und Bedrohung. Der verbissen geführte Kulturkampf um Gendergerechtigkeit, Wokesein, Identitätspolitik, Kolonialismus, Rassismus und Schwulenrechte wird von rechtsgerichteten Bewegungen als „ideologischer Imperialismus“ dämonisiert (Zürn & Gerschewski, 2021). Der Kosmopolitismus der Eliten und der internationalen Organisationen (wozu auch prinzipiell offene Grenzen gehören) ist ihnen fremd und unheimlich. Hinzu kommen Veränderungen insbesondere auf dem Lande, wo Arztpraxen, Postfilialen, Büchereien und kleine Einkaufsläden verschwinden.

Der Aufstieg des autoritären Populismus verweist auf Defizite in der Funktionsweise der liberalen Demokratie. Es ist aber völlig klar, dass der autoritäre Populismus nicht die Lösung der Probleme anstrebt, sondern vornehmlich aus Wut und Ressentiment das gesamte „Altsystem“ stürzen und sich selbst an die Macht setzen will. Es ist reine Machtpolitik, „neutrale“ Institutionen wie Gerichte und Medien zu interessengeleiteten Akteuren zu machen. Ökonomische Unsicherheit und kulturelle Ängste führen zu einer Polarisierung, die populistische Simplifizierungen attraktiv macht. Gleichzeitig zeigt der Wissenschaftlerverbund, dass die Infragestellung des liberalen Skripts nicht zwangsläufig zu dessen Ablösung führt, sondern oft hybride Formen hervorbringt – etwa illiberale Demokratien, die formale Wahlen beibehalten, aber pluralistische Institutionen aushöhlen.

Der Liberalismus befindet sich in einer „stabilen Krise“. Das Wort stammt von dem jungen Politiktheoretiker Benjamin Studebaker (2023), Absolvent der University of Cambridge (UK). Der Liberalismus sei ohne sichtbare Alternativen und ohne klare Zukunft. Amerikaner wie Moyn oder Deneen, auf die er sich bezieht, könnten sich keine überzeugenden alternativen politischen Systeme vorstellen. Und so mache die amerikanische Demokratie (auf die sich Studebaker ausschließlich bezieht) auf eine zutiefst unbefriedigende und gefährliche Weise weiter. Patrick Deneen möchte in eine vorliberale Zeit zurückkehren, als angeblich noch bürgerliche Tugenden und Gemeinschaftssinn herrschten, bevor die Exzesse einer ungehemmten Freiheit und eines übertriebenen Individualismus einsetzten. In seinem Buch „Why Liberalism Failed“ ruft Patrick Deneen klassisch-konservative und kommunitaristische Erzählungen auf.

Würden sich Liberale auf Deneens Programm einlassen, wären sie freilich keine Liberalen mehr. Das würde auch auf Adrian Pabst zutreffen, einen deutsch-britischen Theologen und Politikwissenschaftler, der den Begriff „postliberal“ geprägt haben soll. Ihm schwebt eine Verbindung von kommunitaristischer Gesellschaftspolitik und sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik vor. Das mag ein Ausweg aus der Krise sein, aber

nicht im Sinne des Liberalismus. Auch Pabst beklagt den Niedergang der Werte. Die Dynamik des Kapitalismus erlaubt kein geregeltes Familienleben mehr, lässt keinen Raum für eine enge Bindung zu den Orten der Heimat und keine Zeit, sich um seine Mitmenschen zu kümmern. Die beiden Universitätsautoren Moyn und Deneen scheinen sich einig zu sein, dass die Liberalisierung und Globalisierung der wirtschaftlichen Abläufe seit den 1980er Jahren einen Großteil der Unzufriedenheit unter den Menschen verursachen. Die Globalisierung, das heißt die wirtschaftliche Konkurrenz durch aufstrebende Nationen, hat viele Vorteile, darunter die erweiterte Konsumauswahl, tendenziell niedrigere Preise und neue wirtschaftliche Chancen für alle Seiten. Auf der Negativseite steht die Sorge um den Arbeitsplatz und das Gefühl, gerade mit China nicht mehr mithalten zu können. Deneen beispielsweise glaubt dennoch, dass Säkularisierung, Individualisierung und Ökonomisierung des Lebens umkehrbar seien. Doch wie könnte ein derartiger Entwurf aussehen?

Da die aufgeklärte westliche Menschheit in den vergangenen 2500 Jahren sämtliche Regierungsformen durchprobiert und sich der liberale Parlamentarismus als die Lösung mit den geringsten Nachteilen erwiesen hat, leuchtet der Rückgriff auf den kleinteiligen Kommunitarismus nicht ein. Auch damit gibt es Erfahrungen, die auf kommunaler Ebene durchaus ansprechend sind. Kooperativen, Vereine und Genossenschaften haben sich vor allem im ländlichen Raum etabliert, und Manufakturen stellen hochwertige Waren her. Nicht zu vergessen sind die vielen Vereine und gemeinnützigen Organisationen, die innerhalb einer begrenzten Nachbarschaft für Solidarität und Lebensqualität sorgen. Diese Lebensform ist niemals untergegangen, war aber immer örtlich begrenzt. Für die Lösung gesamtstaatlicher oder globaler Probleme ist der Kommunitarismus und das Vereinswesen nicht geeignet. Sich bei der gegenwärtigen Krise des Liberalismus aus lokalen oder vergangenen Gesellschaftsformationen zu bedienen, überzeugt nicht.

Zu den Illusionen eines Teils der liberalen Agenda gehört es, dass sich die Individualisierung immer weiter fortsetzen könnte. Je weiter der Individualismus im Westen vorangetrieben wird, desto unattraktiver und bizarrer erscheint er dem Rest der Welt. Die Abkehr von gemeinsamen nationalen Werten, von der traditionellen Familie und Ehe oder vom Religiösen stößt die Länder jenseits des Westens ab. Sie zeigen auf die Verwahrlosung des öffentlichen Raums, wundern sich über die offizielle Anerkennung von mehr als zwei Geschlechtern, verweisen auf den Anstieg psychischer Erkrankungen und den wachsenden Drogenkonsum, vor allem in Amerika. Die Kosten maximaler gesellschaftlicher Freiheit erscheinen aus dieser Perspektive zu hoch zu sein. Sie präferieren gesellschaftliche Stabilität, staatliche Kontrolle und Einschränkung der politischen Freiheit zugunsten familiärer und kollektiver Bindungen. Lebt es sich in Singapur, Hongkong oder Tokio nicht genauso gut? Eine Illusion scheint auch zu sein, dass sich liberale Demokratien durch stetig ausgeweitete Minderheitenrechte und expandierende

Sozialausgaben Loyalität sichern könnten. Ist es ein ausreichender Grund, eine Partei zu wählen, weil diese das Kindergeld um 25 Euro pro Monat anhebt? Gerade die Sozialdemokratie scheint dieser Illusion zu unterliegen. Das paradiesische Versprechen immerwährender Sorglosigkeit durch ein bedingungsloses Grundeinkommen (anlasslose staatliche Alimentierung, ASA) darf von Liberalen nicht mitgetragen werden. Erwerbsarbeit ist konstitutiv für Selbstvertrauen. Befürworter dieses ultimativen Sozialinstruments versprechen sich einen Boom an Kreativität und sozialer Initiative. Tatsächlich dürfte nur ein kleinerer Bevölkerungsteil derartige Potenziale in sich tragen. Der Rest fällt vermutlich in ein tiefes emotionales Loch, aus welchem ihm neue, staatlich finanzierte Unterstützungsprogramme wieder heraushelfen müssen.

Die Annahme, dass Rechtsstaat, Demokratie und Good Governance exportiert werden könnten und sich überall durchsetzen ließen, ist erschüttert. Ein Punkt der Miserie des Liberalismus ist sein oftmals arrogantes Auftreten. Die liberalen Demokratien werden vielerorts nicht mehr ernst genommen, weil sie selbst mit inneren Spannungen und massiven Problemen zu kämpfen haben. Von ihnen soll etwas zu lernen sein? Die scheinbar universellen Werte, die der Westen einfordert, werden ja auch dort nicht immer wörtlich genommen. „Wo der Westen selbst sündigte, machte er es Kritikern leicht, von Doppelmoral zu sprechen, etwa in Abu Ghraib und Guantanamo.“ (Buchsteiner, 2025) Der Westen hat sich mit seinem überzogenen Moralismus angreifbar gemacht. Aber es muss auch betont werden, dass die Beispiele für ein Versagen liberaler Staaten gering sind (Abu Ghraib und Guantanamo stehen nicht für *den* Liberalismus) und alle Gegenentwürfe nicht überzeugen. Die Angriffe auf den liberalen Westen sollen auch von eigenen Versäumnissen und ungelösten Problemen ablenken.

Eine weitere Erfahrung ist die, dass die Integration von Menschen aus fremden Kulturen weitaus schwieriger und kostspieliger ist als gedacht. Das Problem liegt hauptsächlich bei den muslimischen Einwanderern in westlichen Ländern. Der politisch-religiöse Koran ist mit der liberalen Demokratie unvereinbar. Migration ist ein zweischneidiges Schwert. Ohne Migranten aus fernen Ländern würde die deutsche Wirtschaft unweigerlich schrumpfen. Es wird auf den wirtschaftlichen Nutzen von Migranten verwiesen, ohne die zwiespältige Bilanz der Integration zu benennen. Europa und Deutschland waren, was die Aufnahme von Migranten angeht, aus der Sicht eines größeren Teils der Bevölkerung über Jahrzehnte offenbar zu großzügig. Die gleichmäßige und gerechte Verteilung von Migranten auf die europäischen Staaten funktionierte nie. Polen weigerte sich konsequent, auch nur einen Syrer, das heißt einen Muslim, aufzunehmen. Polen, das zwei Millionen Ukrainer aufnahm und sonst niemanden, kennt keine islamisch motivierten Attentäter, keine Bombenanschläge und keine Rekrutierung für den Islamischen Staat.

Wie umgehen mit Flucht- und Arbeitsmigration? Vor 100 Jahren war Deutschland ein Auswanderungsland Richtung Westen, seit Jahrzehnten ist es ein Einwanderungs-

land. Wir stehen vor dem Paradox, dass sich im Inland ein relevanter Teil der Bevölkerung erschöpft und angewidert von den politischen Kämpfen abwendet, während zugleich das Freiheit- und Wohlfahrtsversprechen der westlichen Demokratie universal fortwirkt und weltweit bei vielen Menschen Hoffnungen für eine bessere Zukunft weckt, wie Alexander Wirsching, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München, betont. Die Einwanderung erweitert die ohnehin bestehende Vielfalt der Identitäten noch einmal enorm. Sie sind kulturell bereichernd nur für jene, die dafür offen sind. Die Gemeinden aber, die für die Integration zuständig sind, erklären sich seit Langem für überfordert. Es macht viele Menschen, die diese Entwicklung beobachten, hilflos und wütend, dass das deutsche Asylrecht angeblich nicht geändert werden kann. Anfang 2025, nach einem beispiellosen Wahlsieg der AfD, sind Linke, Grüne und SPD immer noch für offene Grenzen und ungehinderten Zustrom. Sie stimmten gegen ein strengeres Grenzregime, wie es der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz Anfang 2025 durchsetzen wollte – unter Inkaufnahme zustimmender Stimmen aus der AfD-Fraktion. Eine spürbare Begrenzung und inhaltliche Steuerung der Einwanderung hat in Deutschland weiterhin keine politische Mehrheit. Die AfD sammelt unterdessen die Unzufriedenen.

Aber eine Krise ist noch keine Katastrophe. Die politischen Debatten in den westlichen Ländern sind zu stark moralisch aufgeladen. Ob das Klima einer „Katastrophe“ zusteuert, ist nicht ausgemacht. Die Apokalyptiker sehen nur die Alten in den Krankenhäusern sterben. Die apokalyptische Verkürzung verschleiert die Prozesshaftigkeit des Geschehens. Wer den Weltuntergang sieht, hat nun noch die Wahl zwischen Panik und Resignation. Da der Untergang aber nicht unmittelbar bevorsteht, verbieten sich undemokratische und gewaltsame Mittel des Gegensteuerns. Der inflationäre Gebrauch des Wortes „Krise“ ist selbst ein Krisensymptom.

Viele sind frustriert über die fortschreitende Verrechtlichung und Bürokratisierung der Politik. Entscheidungen verlagern sich auf schwer kontrollierbare und unüberschaubare europäische und internationale Ebenen. Aus diesem Unbehagen stammt die Parole „Let’s take back control“. Die Europäische Union überschwemmt die Mitgliedsländer mit bürokratischen Verordnungen und Regelungen. Auch hier scheint ein Gipfelpunkt des Unmuts erreicht. Anfang 2025 anerkannte erstmals die Europäische Kommission, dass es so nicht weitergehen kann. Zurückgeschraubt werden sollen die vielen Berichtspflichten, insbesondere das Lieferkettengesetz, und die technisch nicht umsetzbare weitere Reduzierung von Autoabgasen.

So löblich diese neuen Erkenntnisse sind, viele Menschen empfinden die Maßnahmen als zu spät und als zu halbherzig. Donald Trump folgt den Wünschen vieler Amerikaner nach Abbau von Bürokratie, Schutz vor chinesischen Billigimporten, Vorrang für amerikanische Arbeitsplätze und damit Abschottung gegen Migranten. Zugleich und

offenbar noch davor ist er auf eigenen Gewinn aus – und auf die Bestätigung als gewiefte Deal maker. Der Aufbau seiner autokratischen Oligarchie wird das Gesicht Amerikas verändern. Die Oligarchen dieser Welt applaudieren sich gegenseitig, aber das heißt nicht, dass die USA ihre neuen Freunde werden. Die transatlantische Freundschaft dürfte unter der Regierung Trump an ihr Ende gekommen sein, prophezeite der Historiker Heinrich August Winkler. Die restlichen Ideen von Aufklärung, Rationalität, Demokratie, Freiheit und Liberalismus könnten in den kommenden Jahren begraben werden. Haben die liberalen Demokratien ihren Höhen- und Scheitelpunkt erreicht?

In Europa stehen viele Dogmen und Selbstgewissheiten zur Überprüfung an. Noch beharren SPD, Linke und Grüne darauf, dass selbst angesichts der globalen Herausforderungen die Sozialsysteme nicht gekürzt, vielmehr weiter ausgebaut werden. Die Befreiung von knebelnden Abgasvorschriften (Verbrennermotoren stoßen fast keine Schadstoffe mehr aus) wird von den grünen Progressisten als „Kniefall vor der Autolobby“ denunziert. („Progressisten“ bzw. „Progressismus“ ist ein von Manfred Prisching eingeführter Begriff. Er umfasst alle progressiven Kräfte: Linke, Grüne, Woke, Sozialdemokraten, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände, die einer „Artikulationselite“ angehören, das heißt dominant in den Medien auftauchen.)

Die Steigerung der bestehenden und die Erfindung neuer Sozialprogramme scheinen viele Menschen nicht mehr zufriedenzustellen. Wählt irgendjemand eine Partei, weil diese die Erhöhung des Kindergeldes um zehn Euro monatlich durchgesetzt hat? Die Wahl einer Partei ist weitgehend eine Bauch- und Sympathieentscheidung. Die AfD konnte bei ihrem Wahlerfolg Anfang 2025 fast zwei Millionen Nichtwähler für sich gewinnen. Das ist nicht der Protest der sogenannten Abgehängten und ökonomisch marginalisierten. Im Vordergrund steht hier eine politisch-kulturelle Identitäts- und Statusunsicherheit, die sich aus gefühlten oder konkreten Abstiegsängsten speisen kann.

Hinzu kommt eine aggressiv vorgetragene Identitätspolitik, die viele abstößt und nur noch nervt. Dass sich die Anliegen winziger gesellschaftlicher Gruppen so weit in den Vordergrund schieben konnten, ist auch der liberalen Demokratie zu verdanken. Damit wächst das Empfinden einer Repräsentationslücke für eine diffuse Mittelschicht. Die Konstruktion unterschiedlicher und gegensätzlicher Identitäten lässt sich schon lange nicht mehr durch demokratischen Optimismus und wirtschaftlichen Aufstieg begründen. Der Vorwurf an den Gegner, er „spaltet die Gesellschaft“, trifft ebenso auf den Urheber dieses Vorwurfs zu. Die liberale Freiheit erlaubt Extremisten, autoritäre Ansprüche zum Schaden der Demokratie zu stellen.

Die Grundrechte entwickelten sich von Abwehrrechten gegen staatliche Willkür zu staatlichen Versorgungspflichten. Der Staat wird nicht abgewehrt, um die bürgerliche Freiheit zu schützen, sondern in Anspruch genommen, um immer neue Wünsche und Bedürfnisse zu befriedigen. Die Expansion der Versorgungsrechte verlief parallel und

interaktiv mit anderen Prozessen wie der Individualisierung und der fragmentierenden Identitätsbildung, so Wirsching. Immer neue Fallkonstruktionen der Doppel- und Dreifachdiskriminierung entstanden, für die der grundrechtliche Schutz und die staatliche Nachteilskompensation in Anspruch genommen wurden und werden. Die teils staatlich finanzierten Programme „gegen rechts“ sind Legion. Es ist eine erklärungsbedürftige Tatsache, dass mit dem Anwachsen von Antirassismus-, Antifaschismus- und Antidiskriminierungsinitiativen eben jener bekämpfte Rechtsextremismus und Rassismus dennoch stetig zunehmen.

Der Liberalismus hat der immer weiteren Expansion der Grundrechte (gleichgeschlechtliche Ehe, Geschlechtsumwandlung, „gengerechte“ Sprache) außer passivem Widerstand nichts entgegensetzen. Gerichte spielen in dieser Richtung oftmals mit und zwingen Politiker und Parteien, in immer genaueren Regeln liberale und freiheitliche Bedürfnisse zu befriedigen. Damit wird die parlamentarische Demokratie am Ende erneut überfordert durch ein Übermaß an politischen Steuerungserfordernissen, Verrechtlichung und weiterer Bürokratie. Zum Auftrumpfen autokratischer Demokratiefeinde gesellt sich die Gefahr einer funktionalen Überfrachtung der Demokratie. Diese Prozesse sind nicht geeignet, rasch auf die vielen weiteren Herausforderungen zu reagieren.

Man kommt zurück zur Forderung der Entbürokratisierung und der Verschlinkung von politischen Entscheidungsprozessen. Und erneut wird man feststellen müssen, dass diese Versuche wenig erfolgreich sein werden. Es gibt einen ausgeprägten Hang zur Besitzstandswahrung. Gesetzgeberisch sollte nur das beschlossen werden, was am Ende auch personell und finanziell umgesetzt werden kann. Wenn Geld und Personal für kostenlose Kita-Plätze fehlen, muss darauf verzichtet werden.

Im Verhältnis von Markt und Staat ist das Pendel zu sehr in Richtung Staat ausgeschlagen. Dagegen hat ein Sozialliberalismus keine Einwände, diese müssten vom Wirtschaftsliberalismus kommen. Der staatsfreundliche Linksliberalismus steht dem staats-skeptischen Wirtschaftsliberalismus entgegen. Ein ausgewogenes Verhältnis ist schwer herzustellen. In der sozialen Marktwirtschaft setzt die Politik schon lange nicht mehr nur die Leitplanken, sondern schreibt im Detail vor. Das wiederum ist Ergebnis von Parteiprogrammen und ihren Inhalten, also den Wünschen eines Teils der Bürger.

Die Allzuständigkeit des Staates ist nichts, was Liberale guten Gewissens aus ihrem Programm streichen könnten. Die Begrenzung kann aber erfolgen über eine solide Haushaltsführung: Nicht mehr ausgeben, als man einnimmt. Zu viel darf der Staat aber auch nicht einnehmen, weil er sonst die Eigeninitiative abwürgt. Die Haushaltsdisziplin scheint ein wirksamer Hebel zu sein, um die Auswüchse identitärer Ansprüchlichkeit zu begrenzen. Aber auch diese Leitplanke wird aktuell (Anfang 2025) eingerissen durch zwei enorme Aufgaben: die Finanzierung des militärischen Widerstands gegen den Feind Russland und die der vernachlässigten Infrastruktur Deutschlands.

Die Herausforderungen sind so groß, dass ans Sparen eigentlich nicht mehr gedacht werden kann. Energiewende, Renten und Landesverteidigung sind praktisch unbezahlbar geworden. Kein Mensch weiß, wo das Geld für weitere wichtige Projekte herkommen soll: Verminderung der sozialen Ungleichheit, Aufstiegschancen durch Bildung. Ein Staatsabbau wie Trumps Bürokratie-Kahlschlag verbietet sich wegen unübersehbarer Kollateralschäden. Ein Bürokratieabbau muss reguliert werden. Die Ungeduld und die Notwendigkeiten nehmen zu, alles gleichzeitig anzupacken. Mit kleinen Korrekturen scheint es nicht mehr getan. Wieder drängt sich das Bild vom Ende der Fahnenstange auf. Zwar beträgt die Staatsquote in Deutschland 49 % und in den USA nur 37 %. Trotzdem will Trump den Staatsapparat verschlanken und Regulierungen abbauen. Auch hier findet Trump Zuspruch in vielen Teilen der Bevölkerung, jedenfalls solange seine Wählerschaft nicht selbst unter den Maßnahmen leidet.

Die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen durch Klimapolitik ist ein Lieblingsprojekt der Grünen. Mit immer neuen, detaillierten Vorgaben wird versucht, Bürger und Unternehmen in diese Richtung zu lenken. Es wird vorgerechnet, wie hoch die Kosten einer Klimaerwärmung sind, doch die Gegenrechnung, wie viel Klimapolitik kostet, wird gemieden. Jedenfalls ist Energie so teuer geworden, dass immer mehr Subventionen ausgereicht werden müssen. Aus Klimaschutzgründen soll der Fleischkonsum reduziert werden. Es werden höhere Preise gefordert, zugleich wird eine Kompensation für weniger einkommensstarke Schichten versprochen. Einmal zahlt der Verbraucher mehr, im anderen Fall der Staat. Die Subventionierung des Fleischkonsums minderbemittelter Schichten wird diesen natürlich nicht reduzieren. Ein unwirksames Projekt kostet die Steuerzahler zusätzliches Geld. Gegen Klimaschutz kann ein Liberaler nichts einwenden. Auch er ist für die „Bewahrung der Lebensgrundlagen“ (wobei zu fragen ist, ob die Lebensgrundlagen tatsächlich bedroht sind). Eine Begrenzung der Kosten ist schlechterdings nicht möglich, denn wieder geht es ums Ganze: um den Fortbestand der Menschheit und der Erde.

Kann man sich überhaupt noch eine andere Ordnung vorstellen? Die Unzufriedenheit der Wähler und die Kritik am liberalen Staat wachsen weiter, haben aber als Alternative außer Autoritarismus, einem trügerischen Nationalismus oder einem vagen Utopismus nichts zu bieten. Populismus ist keine Alternative. Putins Russland ist sozial wie wirtschaftlich alles andere als ein Erfolgsmodell, aber niemand dort darf das aussprechen. Wenn es einen Raubtierkapitalismus gibt, dann die Oligarchenwirtschaft Russlands. Die autoritäre Unfreiheit mag viele beruhigen und in Sicherheit wiegen, aber die zukunftsfrohen Freiheitlichen und Aufbruchgestimmten wird es weiterhin geben, es sei denn, ihre Stimme wird durch Zwang zum Schweigen gebracht.

Ohne Zweifel sind die westlichen Freiheiten ein Erbe der Aufklärung. In den modernen, offenen Gesellschaften des Westens haben sich Kirche und Staat weitgehend

getrennt; es herrscht Gleichheit vor dem Gesetz und Macht wird begrenzt und ausbalanciert durch Parteien, Gerichte und Parlamentarismus. „Diese Gesellschaften sind nicht perfekt; sie sind ebenso wenig vor Irrtümern gefeit wie jedes Individuum.“ (Ackermann, 2008, S. 65). Die Fähigkeit zur Korrektur jedoch ist ihre Spezialität. Die Bürger profitieren von vielfältigen Rechten (Frauenwahlrecht! Scheidungsrecht! Akteneinsicht! Bürgerbeteiligung! Klagerecht!) und dem damit verbundenen zunehmenden Wohlstand, an welchem der Großteil der Bevölkerung Anteil hat. Auch die Furchtsamen, Kranken, Behinderten und Schüchternen erhalten ihre Chance. Zugleich wird niemand gezwungen, sich an der offenen Gesellschaft zu beteiligen; es besteht zwar Schulpflicht, aber kein Wahl- und Impfwang.

Trotzdem bleibt die Sehnsucht nach Gemeinschaft lebendig, entspringt sie doch einem Grundbedürfnis (neben anderen Grundbedürfnissen) des Menschen. Die Angst vor der ungebundenen Freiheit ist real.

„Es ist die Sehnsucht nach Freiheit, nach dem Unbekannten und Offenen und zugleich das Unbehagen und die Angst, in der Weite und Unvorhersehbarkeit der Moderne unter die Räder zu geraten, anonym zu bleiben und nicht als besondere, einzigartige Person erkannt und geschätzt zu werden. Diese Sogkraft nach beiden Seiten hin treibt das Individuum in Konflikte, mit denen es lebenslang zu hadern hat.“ (Ackermann, 2008, S. 128)

Diesen Grundwiderspruch kann auch der Liberalismus nicht auflösen, aber er tendiert eher zur Freiheit als zur Sicherheit.

Der Satz Ludwig van Mises, „der Hass gegen den Liberalismus ist das Einzige, in dem sich die Deutschen einig sind“, stammt von 1927 und scheint grundlegend überholt. Das Gegenteil ist der Fall: Es gibt eine breite Mehrheit für Liberalismus in der Gesellschaft – aber nicht unbedingt in der Wirtschaft. Der Niedergang des Liberalismus als Partei hat seinen Hauptgrund in einem Liberalismus, der alle großen Parteien ergriffen hat. Westliche Politik ist liberal, es bedarf keiner eigenen Partei dafür.

Der soziale Liberalismus ist hegemonial in Deutschland. In den Leserbriefspalten und Blogs mag sich das antikapitalistische, politikverdrossene, parasozialistische, anti-liberale Ressentiment austoben – umfassend meinungsbildend sind diese Strömungen nicht. Bewegungen wie Pegida sind die an die Oberfläche gespülte Dummheit der Internet-Trolle, die vor Wut darüber schäumen, dass ihre zu Recht bestehende Bedeutungslosigkeit nicht ernst genommen wird. Sehr viele profitieren von der Globalisierung, halten aber wohlweislich den Mund. So entsteht ein schiefes öffentliches Bild.

Freie Selbstbestimmung, Privateigentum und privater Markt als Kernelemente eines liberalen Staates sind grundsätzlich nicht voneinander zu trennen. Der geregelte Markt sorgt für gerechte und gleiche Tauschprinzipien. Tauschen kann man aber nur, was man